1 H 3752 C

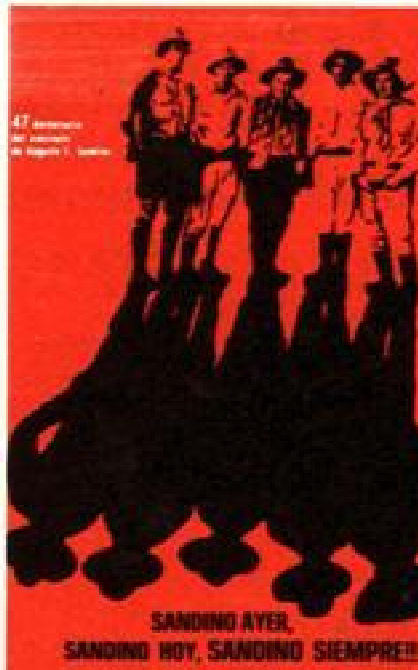
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 18 vom 4. Mai 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM



RM-Poster Seiten 6/7

Auch dieses zweite RM-Poster zu Nicaragua, eines von vieren bis zum fünften Jahrestag der Revolution im Juli kann wieder zum Preis von 3,— DM (in Briefmarken) beim Verlag als Sondruck auf gutem Papier bestellt werden.

Gespräch mit streikenden Bergarbeitern von Yorkshire: „Wir kämpfen bis zum Sieg"

Seite 10

Atomgeschäfte mit China

Alle Welt (der RM auch, S. 11) berichtet über die großen Geschäfte der USA mit China in Sachen Kerntechnologie und Atomkraftwerksbau. Nun hat auch die Bundesrepublik Deutschland nachgezogen. Am 30. April stimmte das Bundeskabinett einem Regierungsabkommen mit der VR-China über „Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung, Technologie, Sicherheit, Planung, Errichtung und Betrieb von Atomkraftwerken und Forschungseinrichtungen" zu.

In Vorbereitung des Besuches des stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng in Bonn in der kommenden Woche stellte Regierungssprecher Boenisch dieses Abkommen lediglich als ein „Aufgreifen" einer chinesischen Initiative dar. Der „Zugang" der westdeutschen Atomindustrie zum chinesischen Markt ist jedoch schon etwas Besonderes: Erstmals gibt es ein Regierungsabkommen in Sachen Atomtechnologie mit einem Land, daß nicht zu den Unterzeichnern des Atomwaffensperrvertrags gehört und schon lange in eigenen Anlagen Atomwaffen herstellt!

Und nebenbei sah der Regierungssprecher sich unaufgefordert gezwungen, zu dementieren, daß die westdeutsche Atomindustrie ihren Atommüll künftig in China lagern wolle...

Ein Mann — kein Wort

Noch nicht einmal einen Monat ist es her, da wurde vom Postministerium lebhaft dementiert, daß daran gedacht werde, die Postzustellung entscheidend einzuschränken. Jetzt wurde bekanntgegeben, daß die Leerung von Briefkästen nach 18 Uhr und am Vormittag abgeschafft werden soll. Nun ja, das Wort eines Ministers ...

Was damit bezweckt werden soll, ist überdeutlich. Nachdem es bisher für die Milliardengeschäfte neuer Medien und Privatisierung nicht genügend Kundschaft gab, soll nun auf diesem Weg Nachfrage geschaffen werden für all die Pläne Schwarz-Schillings und seiner Geschäftsfreunde. Briefzustellung ist nun mal der Teil der Post, an dem die Konzerne am wenigsten verdienen können.

1. Mai im Zeichen der 35-Stunden-Woche

Bei teilweise strömendem Regen stand auf den Demonstrationen und Kundgebungen des DGB zum 1. Mai die 35-Stunden-Sonne im Mittelpunkt. Die Reden und Transparente auf den Kundgebungen waren weiter geprägt von Angriffen auf die sozialreaktionäre Politik der Bonner Wenderegierung.

In der Metallindustrie wird es nun in den Tarifbezirken Nordbaden/Nordwürttemberg und Hessen die ersten Urabstimmungen über Arbeitskampfmaßnahmen zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich geben. In einem für beide Tarifbezirke herausgegebenen Extrablatt des Roten Morgen ruft die KPD auf, sich an der Urabstimmung zu beteiligen und für einen Streik für 35-Stunden-Woche zu stimmen (siehe Seite 5 dieser Ausgabe).

In der Druckindustrie führte die IG Druck & Papier am 26. und 27. April erneut erfolgreiche Streiks für die 35-Stunden-Woche und eine neue Lohnstruktur durch. Die Wochenendausgaben zahlreicher Zeitungen erschienen nicht oder nur in Notausgaben mit verringertem Umfang.



NPD-Landesparteitag NRW bei Gummersbach

Skinheads prügelten — Polizei sah zu

In Drabenderhöhe bei Gummersbach fand am vergangenen Wochenende der Landesparteitag der NPD Nordrhein-Westfalen statt. Diesmal hatte die NPD neben ihren uniformierten Beschützern auch noch eine eigene Schlägertruppe mitgebracht. Während am frühen Morgen diese Skinheads auf die bis dahin anwesenden Antifaschisten einschlugen und dabei einen über 70jährigen VVN-Genossen krankenhausreif schlugen, sah die Polizei tatenlos danebenstehend zu. Ausführlicher Bericht auf Seite 2.



Drei von 60 bis 70 von der NPD angeheuerten rechtsradikalen Skinheads. In der Nacht wurde wegen ihnen die Mahnwache vor dem Veranstaltungssaal des NPD-Parteitages abgebrochen, am frühen Morgen Antifaschisten überfallen — die Polizei überließ ihnen bis kurz vor Beginn der Gegenkundgebung die Straße...

Kasseler Richter im Namen des BDI

Kein Sozialplan bei Konkurs

Arbeiter und Angestellte erhalten, wenn die Firma, bei der sie beschäftigt sind, in Konkurs geht, in der Regel keine Sozialplan-Abfindungen mehr. Das wird die Konsequenz aus einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts sein, das die Kasseler Richter in der letzten Woche gefällt haben.

Nachdem der § 112 des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 eine neue Sozialplanregelung enthält, hatte sich das Bundesarbeitsgericht bereits in einer Entscheidung vom 13. Dezember 1978 mit der Frage befaßt, welcher Stellenwert Ansprüchen der Beschäftigten aus dem Sozialplan bei der Befriedigung der Forderungen aus der Konkursmasse zukommt. Die Konkursordnung, in der die Rangfolge, in der die verschiedenen Forderungsgruppen aus der Konkursmasse beglichen werden sollen, festlegt, erfaßt Ansprüche, die sich aus Sozialplänen ergeben nicht. Das ist kein Wunder, da diese Konkursordnung aus dem Jahre 1877 stammt und bis zu dem BAG-Urteil im Dezember 1978 noch nie geändert worden war.

Im Dezember 78 fällten die Kasseler Richter einen für die betroffenen Arbeiter und Angestelten relativ günstigen Spruch. Da Sozialplan-Ansprüche sich in keine der in der Konkursordnung vorgesehenen sechs Kategorien von Forderungen einordnen ließen, ergänzte das Bundesarbeitsgericht damals die Gläubiger-Gruppen 1 bis 6 der Konkursordnung durch eine Gruppe 0 und sortierte die Sozialplan-Ansprüche der Belegschaft dort ein. Damit waren die Sozialplan-Ansprüche als bevorrechtigte Konkursforderungen zu behandeln, die vor anderen Gläubiger-Forderungen aus der Konkursmasse befriedigt werden mußten.

Im Oktober letzten Jahres gab das Bundesverfassungsgericht einer Klage von Konkursverwaltern gegen dieses Urteil des Bundesarbeitsgerichts recht.

Fortsetzung auf Seite 4

**Muttertagsaktion in Bonn
Samstag, 12. Mai 1984
Treffpunkt: 10.00 Uhr Nordbrücke
Demonstration zur Innenstadt
Kundgebung im Hofgarten**

Mehrere Menschen verletzt, erhebliche Schäden an PKWs, vier Antifaschisten festgenommen

Aufforderung zum Tanz

Beim Landesparteitag der NPD überließ die Polizei neofaschistischen Schlägerbanden die Straße

„Krawalle in Wiehl bei NPD-Parteitag. Gummersbach — Bei Krawallen am Rande eines nordrhein-westfälischen NPD-Landesparteitages im oberbergischen Wiehl hat die Polizei am Wochenende neun Personen vorübergehend festgenommen. Eine Kundgebung von etwa 500 Demonstranten gegen die Nationaldemokraten hatte zu einer teilweise blutigen Auseinandersetzung mit einer Gruppe von rund 100 rechtsradikalen „Skin-Heads“ geführt. Die Polizei nahm fünf der mit der NPD sympathisierenden „Skin-Heads“ sowie vier Gegendemonstranten vorübergehend in Gewahrsam. Gegen sie soll Anzeige wegen Körperverletzung erstattet werden.“

Aus: Kölner Stadtanzeiger, 30.4.84

Eine bodenlose Unverschämtheit!!!

Die Tatsachen auf den Kopf gestellt, die Welt für die montagmorgendlichen Zeitungsleser in Ordnung gebracht: „Teilweise blutige Auseinandersetzungen mit (...) rechtsradikalen „Skin-Heads“ (...) fünf Skin-Heads und vier Gegendemonstranten vorübergehend festgenommen“ — „unsere“ Polizei ist eben neutral, geht gegen rechts genauso vor wie gegen links.

„Nicht die da drinnen, sondern dich sollte man festnehmen! Du bist doch viel schlimmer als die!“, faucht mich ein Bulle aus der Absperrungskette vor dem Hermann-Oberth-Haus in Drabenderhöhe (Oberbergischer Kreis) an, in der der Landesparteitag der NPD wohlbeschützt stattfindet. Ich verlange mit vielen anderen, daß einer von uns freigelassen wird, der verhaftet worden ist, weil er einen verspäteten Nazi am Zugang zur Halle hindern wollte. Ich muß eine gehörige Portion Selbstbeherrschung aufbringen, nicht direkt in seine arrogant grinsende Visage zu schlagen! Nach alldem, was hier gestern Abend und heute Morgen passiert ist, muß ich mir sowas anhören!

Um acht Uhr heute morgen waren wir angekommen. Als wir an der Einfahrt zum Tagungssaal der Nazis vorbeikamen, wurden wir von ca. 30 Skin-Heads wüst beschimpft. Nachdem wir gewendet hatten, und zum zweiten Mal an ihnen vorbeifuhren, bespuckten sie die Autos und warfen mit Steinen. Ein erster Vorgeschmack auf das, was uns erwartete.

Auf dem Platz neben der Dorfkirche am Ortseingang ca. 500 Meter von der Halle entfernt hielten wir erst wieder an — ca. 30 bis 35 Antifaschisten, die gekommen waren, um im Anschluß an die Mahnwache, die die ganze Nacht vor dem Saal stattfinden sollte, den Zugang zum Landesparteitag der NPD zu blockieren. Wir waren enttäuscht, das nur so wenige gekommen waren. Nicht weit von uns errichteten drei Leute vom „Aktionskomitee Oberbergischer Antifaschisten“ ein Schild: „Für Neo-Nazis gesperrt!“ Sie erzählten uns, daß die Mahnwache vor dem Saal kurz nach Mitternacht in der Nacht von Freitag auf Samstag abgebrochen werden mußte. Die zum „Schutz aufgebotenen“ zehn Polizisten hatten den Teilnehmern erklärt, sie könnten angesichts der ca. 70 anrückenden neofaschistischen Skin-Heads für ihre Sicherheit nicht mehr garantieren. Ein Polizeiapparat, der zur gleichen Zeit 60 Kilometer weiter in Köln die Auslieferung der von Streikbrechern gedruckten Notausgabe des Kölner Stadtanzeigers gegen 500 Streikposten durchsetzt, soll nicht in der Lage gewesen sein, mit 70 fanatisierten Skin-Heads fertigzuwerden?

Vier weitere Antifaschisten stießen zu uns. Sie erzählten, sie seien eine Stunde früher in Richtung Halle unterwegs gewesen, um die Lage zu erkunden. Dabei standen sie plötzlich vor einem größeren Trupp Skin-Heads. Weglaufen ging nicht mehr. So ruhig wie möglich gingen sie weiter. Die Skins bildeten eine Gasse und schlugen und traten auf die beiden Jungen ein. Spießrutenlauf. Die Mädchen ließen sie in Ruhe.

Für uns (die anwesenden Genossen der KPD) war klar: Bis die offiziell genehmigte Gegenkundgebung um 10 Uhr anfängt, war hier nichts zu machen. Das Beste wäre gewesen, sich sofort zurückzuziehen. Mit dem Hinweis, wir seien keine Hasenfüße lehnte ein Teil der Leute einen Rückzug aber ab. Zum Glück wurden wenigstens die Autos abfahrbereit aufgestellt, als ein Trupp von zehn Skins sich auf uns zubewegte. Noch nicht drei Minuten vorher war der letzte Wagen eines Polizeikonvois mit sechs Mannschaftswagen und vier PKWs (mit zusammen gut 80 voll ausgerüsteten Bullen drin) aus dem Ort herausgefahren. Offensichtlich bewußt abgezogen worden.

Der Vortrupp der Nazis kam bis an die Straßenecke, von der aus wir vorher die Straße Richtung Saal beobachten konnten. Nun konnten wir nicht mehr genau sehen, was sich dort alles tat. Immer noch nicht konnten wir die anderen (vorwiegend Autonome) zum Rückzug bewegen.

Nach einigen Minuten lösten sich zwei Faschisten aus der Gruppe und gingen langsam auf uns zu. Im selben Moment, als einige Autonome ihrerseits die ersten Schritte auf die Skins zumachten, („Los, die greifen wir uns“), stürmte unter lautem Gebrüll eine Horde von mindestens 60 Skin-Heads mit Knüppeln und Steinen bewaffnet auf uns los. Panische Flucht!

Wer schnell genug in ein Auto kam, sprang hinein, die anderen liefen was das Zeug hielt ortsauswärts.

Mit mehr Glück als Verstand schafften wir es, alle ohne größeren Schaden mitzukriegen. Die Skins ließen ihren Frust tretend und Knüppel und Steine werfend an den Autos aus, bis wir außer Reichweite waren und zertrümmerten das Nazi-Verbots-Schild.

500 Meter außerhalb des Ortes standen mehrere Polizei-Bullis. Außer daß es ihnen leid täte und sie sich hier nicht auskennen würden (Aachener Polizei) und von der Zusammenrottung nichts bemerkt hätten wußten die Polizisten nichts zu sagen. Unser Schreck verwandelte sich in unbeschreibliche Wut!

Noch keine halbe Stunde später mußten wir mit ansehen, wie die „Freunde und Helfer“ anfingen, jedes Auto anzuhalten und zu durchsuchen, dessen Insassen den Eindruck erweckten, als wollten sie zur Gegenkundgebung. Die anreisenden Faschisten, deren Autos leicht an entsprechenden Aufklebern erkennbar waren, konnten unbehelligt passieren.

Etwa zur gleichen Zeit wurden, *wie wir später erfuhren,* zwei alte Antifaschisten von der VVN von Skins zusammengeschlagen. Mehrere Polizisten sahen verkehrsregelnd zu. (Als ich später am Krankenwagen, mit dem die beiden Alten ins Krankenhaus gebracht wurden, meine bei dem Skin-Überfall arg ramponierten Hände verarzten lasse, erzählt mir die Frau, daß sie sieben Jahre im KZ gesessen hat!) Ein Bauer, der Kühe auf die Weide trieb, erzählte uns, daß die ganze Nacht hindurch Gruppen von Skins gröhlend durch die Umgebung des Ortes gezogen seien.

„Keinen Fußbreit den Faschisten“ lese ich auf einem der Transparente auf dem Gegenkundgebungsplatz. Die ganze Nacht und heute morgen bis 9.30 Uhr haben die politisch Verantwortlichen des Oberbergischen Kreises den faschistischen Schlägern das Feld überlassen für die „Drecksarbeit“ gegen die Linken. Jetzt, zu Beginn der Kundgebung ist die Welt wieder „in Ordnung“ gebracht. Es reden ja schließlich hohe SPD-Funktionäre, so z.B. ein Landtagsabgeordneter, der in seiner Rede sogar das Verbot der NPD fordert! Die Skins sind zurückgepfiffen, die Nazis wie üblich von starken Polizeikräften geschützt.

An was für Zustände in diesem unserem Land haben wir uns eigentlich schon gewöhnt?

Faschisten, die Linke verprügeln, bleiben unbehelligt — Antifaschisten, die sich Neo-Nazis in den Weg stellen, werden verhaftet.

Antifaschisten werden von der Polizeidurchsucht — die NPD hat freie Fahrt.

Die Veranstaltungen der Faschisten werden von der Polizei massiv geschützt — für eine antifaschistische Mahnwache reichen angeblich die Polizeikräfte nicht.

Das Wissen darum, wie es eben in einem Klassenstaat wie diesem zugeht, verführt uns viel zu schnell darüber zur Tagesordnung überzugehen. Dabei ist jeder Zentimeter, den wir den Faschisten lassen, wenn überhaupt nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand zurückzuerobern. Mit Polizeischutz konnten die Faschos ja schon immer rechnen, aber daß ihre Schlägertruppe die „Drecksarbeit“ der Polizei übernehmen (dürfen), ist ein neues Zeichen, daß in Drabenderhöhe gesetzt worden ist.

Ein Genosse aus Köln





Mit Fußtritten und Steinwürfen beschädigten die Skin-Heads zahlreiche Autos zum Teil erheblich (oben) — vom Dach der umliegenden Gebäude wurden nicht etwa die Nazis sondern die Antifaschisten observiert (unten).

Warum die NPD ausgerechnet nach Drabenderhöhe gegangen ist, geht aus dem Rundbrief des „Aktionskomitees Oberbergischer Antifaschisten“ hervor, aus dem wir einen Auszug abdrucken:

Bemerkenswert ist auch, daß sich die NPD in den sechziger Jahren im Ort Drabenderhöhe mit zweistelligen Prozentergebnissen platzieren konnte. Offensichtlich war der Raketenpionier Hermann Oberth, nach dem die Tagungsstätte benannt ist in der die NPD-Veranstaltung stattfinden soll, selber zumindest ein Sympathisant dieser Partei.

Die Polizei verteilte vor der Gegenkundgebung ein Flugblatt an die Teilnehmer, daß man sich auf dem Hintergrund der geschilderten Ereignisse auf der Zunge zergehen lassen sollte:

Ihre Polizei informiert

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Die NPD veranstaltet am 28. April 1984 in Drabenderhöhe einen Landesparteitag. Im breiten Parteienspektrum unseres demokratischen Staates nimmt neben vielen anderen kleinen Parteien auch die NPD ihren Platz ein. Solange zugelassene Parteien nicht durch das Bundesverfassungsgericht verboten sind, können ihre Mitglieder alle verfassungsmäßigen Rechte nutzen. Deshalb verpflichten Verfassung und Gesetze die Polizei, diesenParteitag zu schützen. Der Schutz der Polizei gilt aber auch den Gegendemonstranten bei der **rechtmäßigen** Ausübung ihres Demonstrationsrechts.

Deshalb meine Bitte:

Helfen Sie der Polizei!

Bringen Sie Ihren Protest in friedlicher Weise zum Ausdruck!

Aus demokratischer Erfahrung wissen wir alle, daß Terror, Steine und Fäuste niemals Argumente ersetzen können.

Ich rechne mit Ihrem Verständnis und vertraue auf Ihre Besonnenheit.

Ihr Oberkreisdirektor

Dr. Diter Fuchs

Der Saal, in dem die NPD ihren Landesparteitag abhielt, liegt inmitten der „Siebenbürger Siedlung“. Die weit über tausend Bewohner dieses Teils von Drabenderhöhe sind sogenannte Heimatvertriebene.

Um das politische Klima dort zu charakterisieren, bringen wir zwei Auszüge aus Leserbriefen, die sich zu der Auseinandersetzung um die Vergabe des Saales im Vorfeld des Landesparteitages der NPD äußern:

Der Stadtrat Wiehl fällt in recht rüder Weise über einen seiner Beamten her, der nichts änderes getan hat, als pflichtgemäß dem Antrag einer zugelassenen Partei einen städtischen Saal für den vom Parteiengesetz vorgeschriebenen Parteitag zur Verfügung zu stellen. Toleranz und Demokratie, freie Meinungsäußerung für jedermann, das scheint eine recht schwere Sache zu sein. (...)

Müssen wir, geborene und hinzugewachsenen Oberberger, das Getue und Geschrei der entwurzelten Großstädter nachäffen oder uns gar beeinflussen lassen? Seien wir doch wirkliche Demokraten auch gegenüber Leuten, die eventuell ganz andere Auffassungen haben und sich Sorgen um den Bestand unseres Volkes machen.

Warum läßt man diese guten, zumeist ehrlichen Bürger unserer Heimat, die mit Sicherheit nicht mit Steinen (siehe Startbahn Frankfurt) auf unsere ordentlichen, ihren Dienst zu unserer Sicherheit ausübenden Polizisten werden, ihren Parteitag nicht abhalten? — Ich persönlich bin parteilos, tendiere jedoch ein wenig nach rechts.

Anmerkung:

Nicht jeder Skin-Head ist ein Neo-Nazi! Die Mehrzahl von ihnen würde ich von meinen bisherigen Erfahrungen ausgehend aber als rechts und ausländerfeindlich eingestellt charakterisieren. Tatsache ist, daß die organisierten Neo-Nazis (besonders erwähnt sei die Wiking-Jugend) seit einiger Zeit mit zunehmendem Erfolg Wühlarbeit unter den Skins betreiben. Erinnert sie in dem Zusammenhang nur an den Überfall von 250 Fußballfans, sehr viele Skin-Heads darunter, auf die Maikundgebung des DGB in Frankfurt vor zwei Jahren. Anführer der Aktion war einer der führenden Köpfe der westdeutschen Neo-Nazis: Michael David.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Wesentlich mehr Menschen beteiligten sich in vielen Städten an den Maidemonstrationen. Große Kundgebungen fanden in Frankfurt ...





... und München statt.

Im Regen in NRW: Hier Bochum. Wie hier überall: Die Losungen für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich standen eindeutig im Vordergrund.



Tendenz wieder steigend

Nach der großen Flaute im letzten Jahr, als ein deutlicher Rückgang der Teilnehmerzahlen zu vermerken war, lautet die Bilanz der Teilnehmerzahlen in diesem Jahr: wieder steigend.

Dies gilt sicher nicht für überall, aber doch für die große Mehrzahl der großen Städte. Die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche bewirkten, daß viele Metaller, Drucker und auch ÖTV-Mitglieder mehr teilnahmen, ebenso, im allgemeinen, mehr aus der Gewerkschaftsjugend.

Die Parolen und Losungen jedenfalls bestimmten das Bild der verschiedenen Aktionen überall. Insofern war der 1. Mai für die kommenden Auseinandersetzungen sicher eine bessere Ausgangsbasis als von manchem befürchtet.

In mehr Orten als im letzten Jahr gab es KPD-Veranstaltungen, die teilweise deutlich besser besucht waren, hier in Dortmund.



Besonders in NRW fiel nach vielen Berichten neben der IGM auch eine starke Beteiligung von ÖTV-Kollegen auf, ob hier von Sparkassen ...



... oder vom Arbeitsamt.



Schwarz-Gold vermißt

Auf so mancher Kundgebung hatte man sich die letzten Jahre daran gewöhnen müssen, daß der DGB mit BRD-Fahnen aufmarschierte. Aus verschiedenen Orten wurde nun berichtet, daß dieses Jahr schwarz und gold fehlten — es blieb noch rot. Sicher soll man solche Dinge nicht überbewerten, angesichts zahlreicher Reden, die die Rückkehr zur Sozialpartnerschaft forderten, aber ein besseres Gefühl ist es doch, unter roten Fahnen zu laufen.

Ansonsten wurde auf vielen Reden die These verbreitet, daß wachsende Arbeitslosenzahlen die Gewerkschaft zur Handlungsunfähigkeit verurteilen würden, das habe man ja schon 1933 gesehen. Realistischerweise aber hat man damals von Seiten des ADGB vor allem überhaupt keinen Versuch gesehen, irgendetwas zu mobilisieren ...

Überall, wo es Parteiorganisationen gibt, waren auch Transparente und Fahnen der KPD zu sehen, hier in Bielefeld.



Fortsetzung von Seite 1



Das Bundesverfassungsgericht erklärte die Einführung der Gruppe 0 und die damit verbundene bevorrechtigte Behandlung der Sozialplan-Ansprüche für unvereinbar mit der Verfassung.

Nach dieser Vorlage aus Karlsruhe reiht jetzt das neue Urteil des Bundesarbeitsgerichts die Sozialplan-Ansprüche hinter alle 6 Gläubiger-Kategorien unter die „sonstigen Forderungen" ein. Das bedeutet in der Praxis, daß im Konkursfall Sozialplan-Ansprüche der Beschäftigten nur auf dem Papier stehen. Bei einem Großteil der Konkurse reicht die Konkursmasse noch nicht einmal, um die Forderungen der Gruppe 1 bis 6 der Konkursordnung zu befriedigen. Wenn aber nach Befriedigung der Forderungen der Kategorien 1 bis 6 doch noch Geld da ist, dann werden die sonstigen Forderungen in der Regel mit drei Prozent ihrer Höhe abgefunden. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen würden für 1000 Mark Sozialplan-Anspruch also ganze 30 Mark erhalten.

Mit diesem Kasseler Richterspruch ist für den Konkursfall faktisch auch der § 112 des Betriebsverfassungsgesetzes Makulatur. Dieses Kasseler Urteil reiht sich nahtlos ein in eine Serie besonders sozialreaktionärer höchstrichterlicher Urteile, die offensichtlich ein Durchschlagen der Wende auf die Rechtsprechung markieren. Erinnert sei dabei an das unlängst verkündete BAG-Urteil, in dem Betriebsräten ein Mitbestimmungsrecht bei der Einführung von Bildschirmarbeit verweigert wurde.

Das Bundesarbeitsgericht hat sein Urteil selbst als „unbefriedigend" bezeichnet. Es entspreche nicht der „sozialen Bedeutung der durch das Betriebsverfassungsgesetz neugeschaffenen Sozialplanregelung". Die SPD-Fraktion will eine Neufassung der Konkursordnung im Bundestag einbringen. Ob Gesetzesänderungen, die eine bevorrechtigte Berücksichtigung von Sozialplan-Ansprüchen beinhalten, im Bundentag eine Mehrheit finden, ist fraglich. Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat das Kasseler Urteil nachdrücklich begrüßt und diese Organisation entscheidet ja bekanntlich so manche Abstimmung im Bundestag.

Jedenfalls wird zunächst einmal viel Zeit ins Land gehen. Zigtausende Kolleginnen und Kollegen werden in dieser Zeit durch Pleiten ihren Arbeitsplatz verlieren und keine Aussicht haben, Ansprüche aus dem Sozialplan auch erfüllt zu bekommen.

Der „Motor", Betriebszeitung der KPD für VW beweist:
VW hat 10-Jahresplan zur Arbeitsplatzvernichtung

„Wußtest du schon, daß VW für seinen Arbeitsplatzvernichtungsfeldzug einen 10-Jahres-Plan von 1980 bis 1990 aufgestellt hat? Daß die dafür vorgesehenen Anlagen schon bestellt sind? Daß bis 1990 jeder vierte Arbeitsplatz verschwindet?" — so beginnt ein Artikel im letzten „Motor", der Betriebszeitung der KPD für VW, der sich mit dem Thema 35-Stunden-Woche und Rationalisierung auseinandersetzt. Im folgenden der Artikel im Wortlaut.

Ein Argument gegen die 35-Stunden-Woche ist immer wieder, daß durch die Arbeitszeitverkürzung die Unternehmer noch stärker rationalisieren werden. Gerade aber bei VW wird klar, daß die Unternehmensplanung davon unabhängig ist. Die Rationalisierungsmaßnahmen bei VW sind Bestandteil eines Planes, der den Zeitraum von 1980 bis 1990 umfaßt. Das bedeutet, daß die Neuerungen wie die Halle 54 oder Halle 7 bereits vor Jahren geplant wurden und daß alle Investitionen bis 1990 bereits geplant bzw. schon bestellt sind. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist die Antwort der Gewerkschaft auf die Rationalisierung, auf Produktivitätszuwachs und verschärfte Arbeitshetze.

Um das Ausmaß der Rationalisierung zu verdeutlichen, hier einige Beispiele aus dem Konzern und den einzelnen Werken:

Beispiele von Arbeitsplatzvernichtung im Werk Wolfsburg	
● Einsatz von Robotern und automatischen Fertigungsanlagen	● Arbeitsplatzvernichtung
● Rohbau I: Schweißarbeiten beim Polo alt: ca. 300 Leute Schweißarbeiten beim Polo neu: 26 Leute	274 Arbeitsplätze
● Neue Fertigungsanlage am Hochband in der Halle 8: Schweißarbeiten Vorder- und Hinterwagen von Golf, Jetta und Polo	240 Arbeitsplätze
● An der Türenstraße (Golf) im Rohbau wurden 24 Kollegen durch Robotereinsatz verdrängt	24 Arbeitsplätze

Konzern: In den Fachbereich ist weltweit ein Personalabbau von 20000 Arbeitsplätzen geplant.

Hannover/Salzgitter: Alte Motorenproduktion in Hannover mit 128 Beschäftigten wird verlegt nach Salzgitter auf moderne Motorenstraße mit 12 Arbeitsplätzen.

Emden: Im Lack soll eine Straße gebaut werden, an der das Lackierverfahren so giftig ist, daß dort kein Mensch mehr arbeiten kann. Es soll also vollautomatisiert werden.

Im Rohbau ist eine neue Bodenstraße vorgesehen. Von bisher 260 Kollegen sollen 80 Prozent wegrationalisiert werden. Die Anzahl der Roboter soll bis 1990 von 35 Stück auf 200 erhöht werden, wobei jeder Robby ca. vier Arbeitsplätze vernichtet.

Ein Stapelhaus ist geplant, das als Puffer zwischen Lackiererei und Fertigmontage dienen soll. Auf der einen Seite können Leerlaufzeiten beim Lack für die Endmontage ausgeglichen werden. Andererseits ermöglicht es, die Karosserien unsortiert abzustellen, aber für die Endmontage planmäßig wieder abzurufen. Bei Fertigstellung des Stapelhauses sind sofort 114 Arbeitsplätze überflüssig.

IGM-Zentrale Fällt Hermann Gaßmann in den Rücken

Der Bremer Metaller Hermann Gaßmann war wegen Spionage (§ 99 StGB) verurteilt worden, obwohl nicht nur er diesen Vorwurf hartnäckig bestritt, sondern auch eine bundesweite Solidaritätsbewegung sich mit ihm zusammen gegen eine Verurteilung wehrte. Jetzt wird Hermann Gaßmann aus der Haft entlassen. Aber sein alter „Arbeitgeber", die IG Metall, hat Bedenken, ihn weiter zu beschäftigen. Denn wen ein deutsches Gericht rechtskräftig verurteilt, der kann scheinbar in den Augen mancher IGM-Funktionäre nicht unschuldig sein.

Wir veröffentlichen im folgenden einen Brief von Heidi Gaßmann-Fischbach in dieser Sache.

Liebe Freunde!

Nachdem Hermann euch vor einigen Wochen einen recht frohen Brief schreiben konnte, weil er begnadigt wurde, (er kommt übrigens am 11. 5. 84 um 8.00 Uhr raus), gibt es für diesen Brief von mir leider schon wieder einen geradezu bedrükkenden Anlaß. Nach gründlicher Überlegung und langem Zögern möchte ich euch folgendes mitteilen: Am 5. April war Hermann in Frankfurt bei Hans Mayr und Michael Kittner. Dort wurde ihm mitgeteilt, daß er innerhalb der IG Metall nicht mehr weiterbeschäftigt werden soll, da sonst der Eindruck entstünde, die IGM nehme Straftaten nach dem § 99 nicht ernst. Als Alternativen wurden Hermann die vorzeitige Verrentung, eine Beschäftigung z. B. in der Gemeinwirtschaft oder ein Auflösevertrag vorgeschlagen. Eine Entscheidung über diese Frage soll am 8. Mai im Vorstand der IGM gefällt werden. Hermann selbst soll sich am 24. April erneut mit Michael Kittner in Frankfurt treffen, um dann bereits seine Entscheidung mitzuteilen.

Nun ist es für die meisten Menschen leicht, sich vorzustellen, daß die Bedingungen, unter denen Hermann eine so schwerwiegende Entscheidung abverlangt wird, außerordentlich ungünstig sind. Erstens kann er sich nicht frei bewegen, um sich z. B. gründlich zu beraten, und zweitens war es immer Hermanns höchstes Anliegen, seinen Arbeitsplatz bei der IGM zu erhalten. Nachdem nun die direkte Intervention des BKAs und der Gerichte nicht zum Verlust seines Arbeitsplatzes geführt haben und alle bisherigen Äußerungen von Seiten der IGM darauf abzielen sowohl — trotz Rechtskraft des Urteils — von Hermanns Unschuld auszugehen, als auch dafür Sorge zu tragen, daß ihm keine Nachteile entstehen, ist die gegenwärtige Haltung der IGM für mich eine große Überraschung und Enttäuschung. Der tatsächliche Verlust seines Arbeitsplatzes wäre für Hermann — trotz der hinter ihm liegenden drei schweren Jahre — die eigentliche Katastrophe!

In der Hoffnung, daß wir diese Katastrophe abwenden können, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Heidi Gaßmann-Fischbach

(Teil 3)
Arbeitslose, ein revolutionärer Faktor

Ist heute „das Heer der Arbeitslosen ein revolutionärer Faktor von riesiger Bedeutung", wie der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1921 feststellte? Nun, so kann man das heute wohl nicht sagen. Damals, Anfang der 20er Jahre, herrschte allgemein eine revolutionäre Situation. Damals, z. B. im Jahre 1923, auf dem Höhepunkt der Inflation, als ein Brot über eine Milliarde Mark kostete, war die Verelendung der Arbeiterklasse absolut. Hungerdemonstrationen waren auf der Tagesordnung. Die folgenden Jahre der relativen Stabilisierung des Kapitalismus von 1924 bis 1929 brachten zwar eine Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen, doch nicht in dem Maßstab, wie wir sie mit allen Einschränkungen nach dem zweiten Weltkrieg in den 60er und 70er Jahren erlebten, so daß sie die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise aus einer anderen Ausgangsposition her traf. So setzte mit dem Wachsen der Wirtschaftskrise, dem Steigen der Arbeitslosenzahlen bis 1932 auf über 6 Millionen, der wachsenden Verelendung breiter Arbeiterschichten infolge der Generaloffensive der Bourgeoisie eine rasche Verschärfung der Klassenkämpfe ein, die im Jahre 1932 zu einer revolutionären Krise führten. **In dieser Situation war das Heer der Arbeitslosen durchaus ein Faktor von großer revolutionärer Bedeutung.**

Hinzu kam die andersgeartete politische Situation. Die Sozialdemokratie der 20er Jahre und mit ihr die Führung des ADGB waren durchaus für den Sozialismus, den sie auf dem Weg der Reformen erreichen wollten, das heißt, eine reformistische Arbeiterpartei, was sie nicht daran hinderte, mit der Bourgeoisie zu paktieren und auf revolutionäre Arbeiter, wenn sie es für nötig hielt, schießen zu lassen. Dennoch fühlte sie sich, — im Gegensatz zu heute, wo sie sich eine Volkspartei nennt — als Klassenpartei des Proletariats. Das heißt, ihre führenden Mitglieder wie auch die des ADGB nahmen Positionen ein, wie sie heute in etwa von den Linken in SPD und DGB vertreten werden.

Auch war das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse vor 1933 weitaus ausgeprägter als heute. Die revolutionären Kämpfe der Nachkriegsjahre waren ja noch nicht lange, knappe zehn Jahre her. KPD und SPD waren Massenparteien. Nicht umsonst nannte sich die Partei der faschistischen Reaktion „National **Sozialistische** Deutsche Arbeiterpartei" (NSDAP) und griff in ihrem Programm die Herrschaft der Plutokraten, der Reichen, der Geldsäcke an, wobei man einen Unterschied machte zwischen dem raffenden (jüdischen) und dem schaffenden (deutschen) Kapital. **So ist denn die Situation während der Weltwirtschaftskrise vor 1933 nicht einfach schematisch mit heute zu vergleichen.**

Wobei es nicht so sehr die materielle Lage der Arbeiterklasse, ihr sogenannter Lebensstandard ist, der den Unterschied ausmacht. Von wegen: mein Vater hatte ein Fahrrad, ich ein Auto; mein Vater hatte ein Detektorradio, ich eine Videoanlage mit Farbfernseher; mein Vater blieb im Uralub zu Hause, ich fahre nach Italien. Zumal wenn man weiß, daß das meiste auf Pump, auf Abzahlung läuft, daß die Konsumentenkredite von 30 Milliarden im Jahre 1970 auf 136 Milliarden im Jahre 1981 gestiegen sind. **Nein, der größere Unterschied zu vor 1933 ist die geänderte Bewußtseinslage, in der die Massenarbeitslosigkeit, die mit dem Regierungswechsel begonnene Generaloffensive der Bourgeoisie die Arbeiterklasse trifft.**

Da war praktisch jahre-, jahrzehntelang für die Masse der Werktätigen praktisch alles so ruhig verlaufen. Der Kampf um die Einführung der 40-Stunden-Woche war mit wesentlich weniger Widerstand der Kapitalisten als heute bei der 35-Stunden-Woche durchgezogen worden. Die westdeutschen Imperialisten scheffelten Extraprofite durch die Ausplünderung der Entwicklungsländer. Größere Streiks, außer den Septemberstreiks von 1969 und den spontanen Streiks von 1973, hatte es kaum gegeben. Nur bei der Durchsetzung der Lohnfortzahlung war die Gewerkschaft wirklich gefordert. Die Unternehmer zahlten den Arbeitern und Angestellten, um ausreichend Arbeitskräfte zu erhalten, im allgemeinen mehr, als die Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen durchgesetzt hatten. Arbeitslosigkeit? Seit Anfang der 60er Jahre kein Problem. Im Gegenteil, die Kapitalisten holten massenhaft ausländische Arbeiter ins Land, um ihren Arbeitskräftemangel zu decken. Der von der SPD propagierte krisenfreie Kapitalismus schien Wirklichkeit geworden zu sein.

Die ersten tieferen Schatten — außer in der kurzfristigen Krise von 1966/67 — fielen im Jahre 1975 mit der sogenannten Ölkrise, die in Wirklichkeit eine zyklische war, auf das sogenannte Wirtschaftswunder, den „krisenfreien Kapitalismus". Zum ersten Mal seit langer Zeit stieg die Zahl der Arbeitslosen wieder über die Millionengrenze, die erst 1979 wieder unterschritten wurde. Doch noch betraf es in erster Linie eine Minderheit, die älteren, die nicht mehr so leistungsfähigen Kolleginnen und Kollegen, die rücksichtslos ausgesiebt wurden. Die anderen, die große Mehrheit war noch nicht betroffen. Sie machte weiter in Akkord, Arbeitshetze, Überstunden, Streß, Sonder- und Contischichten, um ihren sogenannten Lebensstandard zu halten, ohne Rücksicht auf Verluste, Frühinvalidität, geminderte Lebenserwartung, Hauptsache die Kasse stimmte.

Und dann stimmte sie nicht mehr. Das sprunghafte Ansteigen der offiziellen Arbeitslosenzahl über die Zwei-Millionen-Grenze mit der Krise in den Jahren 1982/83 traf viele, die an ein stetiges Wirtschaftswachstum, an den krisenfreien Kapitalismus geglaubt hatten, völlig unvorbereitet, wie ein Schock. Plötzlich waren für viele Millionen sozialer Abstieg, drohende Armut und Elend keine Sache mehr, die irgendwo außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik lag. Sie waren da, spielten und spielen sich für die Betroffenen ab vor vollen Schaufenstern, in einer Situation, wo die große Mehrheit, mit der Einschränkung des Reallohnabbaus der letzten Jahre, noch immer so lebt, wie sie gestern noch lebten. Hunderttausende Jugendliche treten Jahr für Jahr ins „Berufsleben" mit der Perspektive die Arbeitslosigkeit heißt. No future!

Wie reagierten nun die Betroffenen auf die für sie neue Situation? Die große Mehrheit mit Hilflosigkeit, Resignation. Der Kapitalismus hatte sie, beginnend schon in der Schule, zu massivem Konkurrenzdenken, zum Individualismus erzogen: „Haste was, biste was", „jeder ist seines Glückes Schmied", „jeder kann, wenn er nur will, alles erreichen, vom Tellerwäscher zum Millionär", „was kümmern mich die anderen, Hauptsache, ich komme mit dem Hintern an die Wand" etc. Manche hofften, bald wieder Arbeit zu finden. Eine Hoffnung, die mit der Dauer der Arbeitslosigkeit schwand. Der soziale Abstieg ist vorprogrammiert. **Nur das Industrieproletariat reagierte, dort wo es von Massenentlassungen und Betriebsschließungen bedroht war, mit Solidarität, Betriebsbesetzungen und Kampf.** Nur ein kleiner Teil, vorerst noch eine Minderheit, begann sich aus den unterschiedlichsten Motiven heraus in den verschiedensten Arbeitsloseninitiativen zu organisieren.

Ganz allgemein kann man zur Zeit drei Arten von Initiativen der Arbeitslosen unterscheiden: Die einen kommen aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die anderen arbeiten eng mit Kirchen und Sozialverbänden zusammen, wiederum andere arbeiten getrennt von den Gewerkschaften, Jugendringen, Kirchen und anderen Sozialverbänden und organisieren sich als autonome Gruppen und Selbsthilfevereine.

Die einen schaffen Projekte durch Organisationen, Initiativen und Vereinsgründungen mit Werkstattarbeit. Sie finanzieren ihre Projekte durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und dem Erlös aus dem Verkauf ihrer Arbeitsergebnisse oder sogar durch Förderungsgelder vom Arbeitsamt. — Die anderen schaffen Beratungsstellen und Arbeitslosentreffen in Jugendzentren oder Häusern von Organisationen. Sie bieten Arbeitslosengespräche, -frühstück, -teestuben, Vermittlung von Tagesjobs für Umzüge, Maler- und andere Renovierungsarbeiten.

Wiederum andere schaffen Arbeitsloseninitiativen, die auf politische Aktionen setzen, die für eine Öffentlichkeitsarbeit sind, die auf den Skandal Arbeitslosigkeit aufmerksam machen, Ursachen, Forderungen und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen und die Verantwortlichen auffordern, mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Ihr Hauptziel ist die Stärkung des Selbstbewußtseins der Arbeitslosen. Sie gehen davon aus, daß sie die Ursachen der Arbeitslosigkeit nur gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Noch-Arbeitenden bekämpfen können.

Das ist die derzeitige Situation, mit der wir uns als Kommunisten, als Genossinnen und Genossen unserer Partei auseinanderzusetzen haben.

Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Extrablatt Mai 1984

Wir sind zum Kampf gezwungen

Unternehmer und Regierung behaupten: Der IG Metall geht es mit der 35-Stunden-Woche gar nicht um die Interessen ihrer Mitglieder. Sie will den Kampf gegen die Regierung. Es geht um Ideologie und Politik.

Merke: Wenn die Unternemer rationalisieren und millionenfache Arbeitslosigkeit verursachen, hat das mit Politik und Ideologie nichts zu tun. Auch die Regierung stellt sich selbstverständlich ganz unpolitisch und ideologiefrei auf die Seite der Unternehmer. Aber wenn die Arbeiter, Angestellten und ihre Gewerkschaft sich gegen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit zur Wehr setzen, zetern sie von Politik und Ideologie.

Tatsächlich verhält es sich so: Rationalisierung, Arbeitsplatzvernichtung, Massenarbeitslosigkeit zwingen jetzt jeden Arbeiter, Angestellten, Gewerkschafter zum Kampf — ganz unabhängig von seiner politischen Überzeugung.

NEIN zur Arbeitslosigkeit! JA zur 35-Stunden-Woche JA zum STREIK



Siemens, Flick, Esser, Kohl, Lambsdorff, Strauß — sie alle rufen euch auf, gegen die 35-Stunden-Woche und gegen den Streik zu stimmen.

Sie wollen den Aufschwung der Profite auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten, auf dem Rücken der Arbeitslosen. Wenn es nach ihrem Willen geht, haben wir in einigen Jahren über 6 Millionen Arbeitslose.

Wer gegen den Streik für die 35-Stunden-Woche stimmt, stimmt für die Pläne des Kapitals: für Arbeitsplatzvernichtung, Rationalisierung, Massenarbeitslosigkeit.

Wir aber brauchen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn:

- zur Sicherung unserer Arbeitsplätze;
- um durch mehr Erholzeit den immer schnelleren Verschleiß unserer Arbeitskraft zu stoppen;
- um möglichst viele Neueinstellungen und damit einen deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erzwingen!

Deshalb kann es für uns in der Urabstimmung nur eine Entscheidung geben:

- NEIN zur Massenarbeitslosigkeit!
- JA zum Streik für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!

Die Unternehmer haben in den mehr als 70 Verhandlungsrunden und zwei Spitzengesprächen eindeutig bekundet: **sie sind nicht an wirkungsvollen Maßnahmen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit interessiert.**

Massenarbeitslosigkeit ist ihr Geschäft: Jeder Arbeitsplatz, den sie wegrationalisieren, bedeutet für sie mehr Profit. Je größer das Heer der Arbeitslosen, desto größer die Möglichkeiten der Unternehmer zum Lohnabbau, zur Verschärfung der Arbeitshetze, zum betrieblichen Sozialabbau.

Die Unternehmer haben auch demonstriert: **Sie wollen die Machtprobe, sie wollen die Kapitulation der IG Metall erzwingen.** Mit der Wenderegierung im Rücken fühlen sie sich in der Offensive. Sie spekulieren darauf, daß uns die Sorge um den Arbeitsplatz lähmt. Sie spekulieren darauf, daß wir die notwendige Solidarität und Entschlossenheit nicht aufbringen, um für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu streiken.

Seit Monaten wollen die Unternehmer uns mit dubiosen — und von ihnen bezahlten — Umfrageergebnissen verunsichern. Jetzt sind wir an der Reihe. Mit der Urabstimmung müssen wir ihnen unser entscheidendes Umfrageergebnis präsentieren.

Wer im Stich läßt seinesgleichen, läßt ja nur sich selbst im Stich!

47 Aniversario
del asesinato
de Augusto C. Sandino



SANDINO AYER,
SANDINO HOY, SANDINO SIEMPRE!!!

„Sandino gestern, Sandino heute, Sandino immer!!!" Plakat zum 47. Jahrestag der Ermordung des nicaraguanischen Nationalhelden. Plakat der FSLN von 1981 (Herausgegeben vom Departemento de Propaganda y Educadión Politica del FSLN) Nachdruck: RM Verlag, 4600 Dortmund 30, Postfach 300 526

Ostwestfalen

Kommunales Wahlrecht für Ausländer

Am 18. März fand in Bielefeld ein Treffen Ausländerinitiativen zum kommunalen Wahlrecht statt. Vertreten waren Initiativen aus Gütersloh, Bielefeld und Herford, verschiedene Einzelpersonen aus anderen Städten und Vertreter der KPD Herford. Eingeladen hatte die Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit Bielefeld. Sinn des Treffens sollte sein, die Aktivitäten zum kommunalen Wahlrecht in Ostwestfalen zu koordinieren und somit die Arbeit effektiver zu gestalten.

Zum Einstieg in das Thema Kommunales Wahlrecht und über das unter anderem von der SPD vorgeschlagene Niederlassungsrecht wurden Referate gehalten. Danach wurde darüber diskutiert, wie eine gemeinsame Kampagne zum Kommunalen Wahlrecht in Ostwestfalen aussehen soll. Man einigte sich auf eine dreiphasige Vorgehensweise. In der ersten Phase, die zeitlich etwa bis kurz vor den Europawahltermin dauern soll, soll die Basis für die Aktivitäten verbreitert werden. Das heißt, weitere ausländische und deutsche Gruppen, Organisationen und Vereine sollen angesprochen werden und somit die Basis für die Aktivitäten verbreitert werden. Materialien der VIA (Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit — RM) sollen verstärkt vertrieben werden etc. Zum Europawahltag, dem 17. Juni sind dann die ersten in Ostwestfalen/Lippe parallel laufenden öffentlichen Aktionen geplant.

In der Zeit von der Europawahl bis zur Kommunalwahl sollen verstärkt Unterschriften auf den VIA-Listen gesammelt werden, Plakate sollen aufgehängt werden, Stände in den einzelnen Städten und Anzeigen in Tageszeitungen gemacht werden etc.

Am Wahltag sollen dann ebenfalls verstärkt Aktionen gemacht werden. Diese und das Vorgehen zu den Landtagswahlen 1985 sollen auf späteren Treffen geplant werden.

Weiterhin sollte eigentlich bei dem Treffen über gemeinsame Aktionen gegen das neue geplante Ausländergesetz beraten werden. Das war aufgrund der noch zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr drin. Man einigte sich jedoch darauf, im Mai koordiniert Aktionen zu diesem Thema durchzuführen.

Insgesamt war dieses Treffen ein guter Anfang. Es lief zwar alles noch ein wenig schleppend, was allerdings aufgrund der unterschiedlichen Erfahrungen, Arbeitsgebiete und Arbeitsweisen der einzelnen Initiativen nicht weiter verwunderlich war. Wir halten diese Treffen für sinnvoll und werden auch weiter dort mitarbeiten. Das nächste Treffen findet am 20. Mai im IBZ in Bielefeld statt.

Solidaritätsaktion mit den Hungerstreiks in türkischen Gefängnissen

Ende März bildete sich in Bielefeld ein „Solidaritätskreis zur Unterstützung der politischen Gefangenen in der Türkei und in Türkei/Kurdistan". Aktueller Anlaß zur Gründung des Solidaritätskreises waren die Hungerstreiks im Militärgefängnis Marmak/Ankara und in Diyarbakir/Kurdistan. (Der RM berichtete darüber). Ein weiterer Anlaß war die Europaratsdebatte zur Türkei im Mai.

Beim ersten Treffen des Solidaritätskreises erschienen neben Vertretern verschiedener türkischer und kurdischer Organisationen, verschiedener Einzelpersonen auch Vertreter der SPD (wohl aus Europawahlinteressen), der Bunten Liste, der DKP und der KPD Herford. Während des Treffens wurden verschiedene Aktionsmöglichkeiten, wie z.B. Solidaritätshungerstreiks, Stände, Patenschaften etc. diskutiert. Es wurde beschlossen, ein Flugblatt zu erstellen und eine Aktion in der Innenstadt zu machen. Die anderen deutschen Organisationen erklärten sich bereit, sogenannte Patenschaften über einige politische Gefangene in der Türkei zu übernehmen. Darin erschöpft sich auch schon im Wesentlichen ihre Aktivität. Bei den nachfolgenden Treffen und bei der Aktion in der Innenstadt wurden sie nicht mehr gesehen.

Am 30.3. fand dann der Stand des Solidaritätskreises in der Bielefelder Fußgängerzone statt. Es wurde ein Gefängniszellennachbau und eine Ausstellung zum Thema Folter in türkischen Gefängnissen aufgebaut. Es wurden die Flugblätter des Solidaritätskreises verteilt und Unterschriften gegen die politische Unterdrückung in der Türkei gesammelt. Die Resonanz der Passanten auf den Stand war eigentlich ziemlich positiv, was man auch an der relativ großen Zahl der gesammelten Unterschriften feststellen konnte. Positiv an der ganzen Sache war auch, daß insbesondere türkische und kurdische Organisationen bei der Vorbereitung und Durchführung der Aktion zusammenarbeiteten, die sonst damit einige Schwierigkeiten haben.

Aus Protest angekettet

Am 7. April ketteten sich spontan acht kurdische bzw. türkische und ein deutscher Antifaschist aus Protest gegen die politische Unterdrückung in der Türkei an einem Brunnen in der Bielefelder Fußgängerzone an. Parallel zu der Aktion wurden Flugblätter verteilt. Die Angeketteten trugen Sandwiches mit Parolen gegen die türkische faschistische Militärjunta und der Forderung nach dem Ausschluß der Türkei aus dem Europa-Rat. Während der Aktion hielt ein türkischer Kollege in regelmäßigen Abständen eine Rede über Folter und Unterdrückung in der Türkei, Parolen wurden gerufen.

Die Reaktion der Passanten war mehrheitlich positiv. Hektischer wurde es erst, als nach circa eineinhalb Stunden die Polizei auftauchte. Erst standen sie ein bißchen ratlos herum, dann forderten sie die Angeketteten Antifaschisten auf, sofort den Platz zu verlassen, da die Aktion illegal sei. Die Angeketteten weigerten sich jedoch, der Aufforderung Folge zu leisten, da sie ja niemanden behinderten. Daraufhin wurden die Polizisten nervös, vor allem, da sich immer mehr Passanten um sie herum ansammelten und teilweise sehr massiv und lautstark Partei für die Angeketteten ergriffen. Auch für die Demonstranten kam eine derartig positive Resonanz von Seiten der Passanten vollkommen unerwartet.

Die Polizisten fühlten sich schließlich so bedrängt, daß sie damit drohten, die Personalien der Umstehenden festzustellen und Schritte gegen diese einzuleiten. Die Drohung wurde nicht besonders ernstgenommen, die Passanten blieben trotzdem stehen. Die Proteste gegen das Vorgehen der Polizei nahmen nur noch zu. Nach ungefähr einer viertel Stunde erschien dann ein Polizist mit einem Bolzenschneider und trennte die Antifaschisten vom Brunnen ab.

Unter Parolenrufen der Umstehenden, wie 1, 2, 3, laßt die Leute frei, Hoch die internationale Solidarität, Tod dem Faschismus etc. wurden die Antifaschisten, immer noch angekettet, von den Polizisten in einen Polizeibus verfrachtet und zur Polizeiwache gebracht. Dort wurden die Personalien aufgenommen.

Zu erwarten sind Verfahren wegen Verstoß gegen das Demonstrationsrecht, und wer weiß, was ihnen sonst noch einfällt. Auf der Wache wurde einer kurdischen Asylbewerberin aus Herford damit gedroht, daß sie ausgewiesen würde, weil sie Herford verlassen habe. Während sich die Antifaschisten noch auf der Wache befanden, sammelten sich vor dem Gebäude ca. 30 Leute, um auf die Freilassung der Antifaschisten zu warten. Das waren wesentlich mehr Leute als tatsächlich an der Aktion beteiligt waren.

Insgesamt war die Aktion sehr gut. Sie sorgte für sehr viel Aufsehen und führte zu sehr vielen Diskussionen unter den Passanten, die auch vergleichsweise positiv reagierten. Es gab auch Passanten, die spontan mit Flugblätter verteilten. Dafür hat es sich auch gelohnt, die zu erwartenden Strafen in Kauf zu nehmen. Trotzdem brauchen die festgenommenen Antifaschisten unsere Solidarität, vor allem, da es sich bei ihnen mehrheitlich um Asylbewerber handelt, die kaum in der Lage sein werden, die Strafen zu bezahlen.

Ostermarsch '84 in Ostfriesland – Sternmarsch und Blockade

In den letzten Jahren gab es Ostern eine Sternfahrt von den Orten Leer, Emden, Norden, Wittmund und Wilhelmshaven aus nach Aurich. Die Mehrheit der Ostermarschierer legt diese Fahrt auf Fahrrädern zurück und die Touren über Land wurden zur Aufklärung der Bevölkerung genutzt.

In diesem Jahr nun sollte der Ostermarsch mit einer Blockade in Brockzetel verbunden werden. Die Vorbereitung der Blokkade wurde allerdings nicht von allen Friedensinitiativen der Region getragen. Friedensinitiativen, in denen DKP oder Grüne den beherrschenden Einfluß haben, haben kaum für die Blokkade mobilisiert und auch die direkte Durchführung nicht mitgetragen. Deshalb nahmen an der Blockade nicht so viele teil, wie ursprünglich erwartet.

Die Blockade wurde am Samstag, den 21.4. mit 120 Leuten eröffnet. Im Laufe der Zeit bis Ostersonntag verringerte sich ihre Zahl auf 40 bis 70 Leute. Nachts wurden Mahnwachen aufgestellt.

Trotzdem war die Blockade eine gute Sache. Obwohl wir nur wenig waren, haben wir gemerkt, daß wir eine empfindliche Stelle getroffen haben. Eine Hundertschaft aus Uelzen war ständig einsatzbereit. Auf dem Gelände der Radaranlage stand ein Wasserwerfer. Am Montag früh war ein Polizeihubschrauber ständig im Einsatz.

Mittags kam dann ein großer Teil der Radfahrer über Brockzetel, um uns abzuholen. Es war beeindruckend, etwa 600 bis 800 Radfahrer stellten ihre Fahrräder vor dem Haupttor ab. Gemeinsam ging es nach Aurich, wo eine Kundgebung und anschließend ein Friedensfest stattfanden. Insgesamt kamen dort etwa 3000 Leute zusammen.

Brockzetel — Sektorgefechtsstand der NATO

Inmitten ländlicher Idylle steht in Brockzetel eine hinsichtlich ihrer Bedeutung fast unbekannte Radaranlage besonderer Art.

• Brockzetel: zentrale Radaranlage, zentraler Befehlsbunker, zentraler Angriffspunkt.

Bei der Militäranlage Brockzetel handelt es sich um einen sogenannten Sektorgefechtsstand (SOC) der Luftwaffe, der schon im „Frieden" dem NATO-Befehlshaber Europa unterstellt ist. Durch drei Hochleistungsradare schon weithin sichtbar ist der eigentliche Befehlsbunker tief ins Moor einbetoniert. Der SOC 1 ist einer von 13 weitreichenden Radaranlagen der NATO von Skandinavien zur Türkei und gleichzeitig eine der wichtigsten Befehlszentralen in Norddeutschland. Was von den Militärs „Sektorgefechtsstand" genannt wird, ist die Einsatzzentrale der konventionell und atomar ausgerüsteten Luftstreitkräfte einer ganzen Region. Gesteuert werden von Brockzetel aus wesentliche Luftwaffenverbände in Norddeutschland, z.B. mehrere Jagdgeschwader (u.a. Wittmund), Nike-Herkules-Raketenstellungen (z.B. Hohenkirchen, Hinrichsfehn und Dornum) sowie Hawk-Raketen und weitere Radaranlagen.

Die gegen Flugverbände vorgesehenen, aber auch gegen Bodenziele einsetzbaren Atomraketen wie in Dornum erreichen wegen ihrer geringen Reichweite (150 km) durchweg Teile der mittleren und östlichen Bundesrepublik. Für die NATO-Kriegsstrategen ist die Taktik der „verbrannten Erde", die atomare Zerstörung des Gebietes östlich der Weser durch NATO-eigene Atomraketen fester Bestandteil ihrer atomaren Kriegsführung. Die ostfriesischen Nike-Herkules-Raketen — atomare Sprengkraft jeder Rakete ein Drittel der Hiroshima-Bombe — könnten Bremen vernichten.

In den nächsten Jahren sollen die Nike- durch Patriot-Raketen abgelöst werden. Die Patriot gilt als wirksame Abwehrwaffe gegen schnellfliegende Atomraketen, etwa gegen sowjetische SS 20, die im Gegenschlag auf einen Angriff mit der Pershing II eingesetzt werden könnten. Damit wird die Einsatzschwelle für die Erstschlagsraketen Pershing II weiter gesenkt. Der SOC 1, dem der Einsatz norddeutscher Patriot zukäme, würde damit unmittelbarer Bestandteil der NATO-Erstschlagsabsichten.





Bilder von der Aktion in Bielefeld. Oben rechts im Bild der Chef der politischen Polizei, der anschließend zahlreiche Teilnehmer festnehmen ließ, wogegen auch sehr viele Passanten protestierten. Unten ein Bild im Verlauf der Aktion.

Im Kampf gegen ihre Wende eine Wende für uns durchsetzen!

Auf Veranstaltungen in Hannover, Kiel, Gelsenkirchen zum 1. Mai hielt Genosse Horst-Dieter Koch eine Rede zur Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche, aus der wir hier Auszüge veröffentlichen. Die hier nicht gedruckten Teile der Rede beschäftigen sich hauptsächlich mit den Unternehmerargumenten gegen die 35-Stunden-Woche, mit der Frage der sogenannten Flexibilisierung der Arbeitszeit, mit Aspekten der gewerkschaftlichen Kampftaktik bzw. mit ausführlicheren Überlegungen zu Fragen, die auch in folgenden Auszügen angesprochen werden.

Die Kapitalistenorganisationen, die Bonner Wenderegierung, alle Kräfte der Reaktion haben sich in einer wütenden Front gegen die Gewerkschaften, vor allem gegen die IG Metall und die IG Druck & Papier, gegen die Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich zusammengeschlossen.

Die Unternehmer machen einen Riesenwirbel um ihre angeblichen Vorschläge zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Wer die Prognosen aus dem Unternehmerlager über die künftige Wirtschaftsentwicklung kennt, der weiß, daß die Unternehmer selbst keineswegs von der Möglichkeit eines Abbaus der Arbeitslosigkeit ausgehen — einmal abgesehen von einem denkbaren sehr kurzfristigen und vorübergehenden Absinken um einige Hunderttausend.

Die günstigsten Prognosen aus dem Unternehmerlager gehen davon aus, daß die Arbeitslosigkeit auf über 3 Millionen ansteigen wird. Die für am wahrscheinlichsten gehaltenen Prognosen gehen von einem Anstieg auf 5 oder 6 Millionen Arbeitslose aus, die pessimistischsten von noch katastrophaleren Zahlen.

Natürlich sucht das Kapital nach einer Antwort auf diese Entwicklung, natürlich stellt die Bourgeoisie Überlegungen an, wie der zu erwartenden krisenhaften Entwicklung ihres Systems zu begegnen ist. Aber diese Antwort des Kapitals heißt nicht Vorruhestand oder jobsharing.

Die Antwort des Kapitals auf die Arbeitslosigkeit, auf die Krise im allgemeinen — das ist eben die Organisierung dieser wütenden und aggressiven Front gegen die Gewerkschaften, gegen die organisierte Arbeiterbewegung, wie sie jetzt im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche betrieben wird.

Die Antwort des Kapitals auf Krise und Arbeitslosigkeit heißt eben nicht Anstrengungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit, Anstrengungen, um die negativen Auswirkungen auf die Lebenslage der Arbeiterklasse zu mildern, um durch Profitverzicht den „sozialen Frieden" zu wahren.

Die Antwort des Kapitals heißt anders: Verstärkter Kampf gegen die Gewerkschaften, Versuch ihrer Spaltung und Zersetzung, Versuch ihrer politischen Isolierung.

Dafür machen Kapital und politische Reaktion in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche mobil: nicht nur die 35-Stunden-Woche soll abgewehrt werden, die Widerstandskraft der Gewerkschaften soll gebrochen werden, die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse sollen unfähig gemacht werden, sich gegen die weiteren Krisenangriffe der Unternehmer zur Wehr zu setzen.

Gerade weil die Kapitalisten davon ausgehen, daß die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren weit größere Ausmaße annehmen wird als derzeit, gerade weil sie davon ausgehen, daß die kapitalistische Entwicklung Millionen Arbeiterfamilien in die Verelendung treiben wird, gehen sie zur harten Konfrontation gegenüber den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung über.

Das ist, vom Standpunkt des Kapitals aus betrachtet, die große politische Bedeutung dieser Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche. Für Kapital und Reaktion geht es in dieser Auseinandersetzung darum, ob jene Wende, die mit dem Bonner Regierungswechsel eingeleitet werden sollte, nun in der Arena des Klassenkampfes durchgesetzt werden kann.

Wenn Kapital und Reaktion in dieser Auseinandersetzung ihre Wende durchsetzen wollen, dann wird eben auch umgekehrt ein Schuh daraus: im Kampf für die 35-Stunden-Woche können wir, die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften, die Offensive der Kapitalisten, den Vormarsch der Reaktion stoppen. Im Kampf gegen ihre Wende können wir eine Wende zu unseren Gunsten einleiten.

Bei dieser Wende zu unseren Gunsten geht es natürlich zu allererst darum, der Arbeitsplatzvernichtung, dem Rationalisierungsterror, den Kahlschlagsanierungen, dem Raubbau an unserer Gesundheit einen Riegel vorzuschieben, die bestehenden Arbeitsplätze sicherer zu machen, zu erreichen, daß wenigstens ein Teil der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen wieder in Arbeit kommt.

Die Unternehmer behaupten, sie könnten Mehrkosten, die durch eine Arbeitszeitverkürzung um 5 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich entstehen würden, nicht bezahlen. Deshalb würden bei Durchsetzung dieser Forderung viele Betriebe in die Pleite getrieben, also Arbeitsplätze vernichtet.

Was ist von diesem Kostenargument zu halten?

1980 machten die Unternehmer Gewinne in Höhe von 284 Milliarden. Die Commerzbank erwartet für 1984 eine Steigerung der Unternehmenserträge um 15 Prozent. Ich will nicht bestreiten, daß es auch Betriebe gibt, denen das Wasser bis zum Hals steht. Aber den Kapitalisten insgesamt geht es finanziell nicht dreckig, sondern glänzend. Die westdeutschen Kapitalisten gehören zu den ökonomisch stärksten in der Welt. Und der größte Skandal ist doch der: diejenigen, die Spitzenreiter beim Profit sind wie Siemens, sind auch Spitzenreiter bei der Arbeitsplatzvernichtung.

Von Ausnahmen abgesehen: es geht überhaupt nicht darum, daß die Kapitalisten nicht zahlen können. Es geht darum, daß sie nicht zahlen wollen. Es geht darum, daß sie überhaupt nicht an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit interessiert sind; denn die Arbeitslosigkeit nützt ihrem Profit. In der Massenarbeitslosigkeit sehen sie eine Möglichkeit, uns die Daumenschrauben anzusetzen, um Lohnabbau, Leistungsverdichtung, betrieblichen Sozialabbau durchzusetzen.

In der Massenarbeitslosigkeit sehen sie auch eine Möglichkeit, die Gewerkschaften unter Druck zu setzen.

Schaut euch an, was der Bundesverband Druck jetzt in den Manteltarifverhandlungen für Forderungen aufgestellt hat:

- Da sollen Tarifverträge betriebsbedingt unterschritten werden können;
- da sollen Arbeiterinnen und Arbeiter nach dem „Heuer-und-Feuer"-Prinzip eingestellt und entlassen werden können.

Die großbürgerliche „Welt" bringt es nach dem gescheiterten Spitzengespräch in einem Kommentar auf den Punkt: „Die IG Metall will streiken aus egoistischem Organisationsinteresse. Denn sie will gegenüber dem flexiblen Individualprinzip dem gewerkschaftlichen Kollektivprinzip den Vorrang geben."

Dieses böse „gewerkschaftliche Kollektivprinzip" — daß ist unser solidarischer Kampf für unsere Interessen gegen die Unternehmer, unser Kampf für Tarifverträge, die uns einen Anspruch auf einen Mindestlohn, auf eine in Grenzen geregelte Arbeitszeit, auf bestimmte Arbeitsbedingungen geben. Das flexible Individualprinzip soll bedeuten, daß der einzelne ohne den Schutz gewerkschaftlicher Solidarität der unternehmerischen Willkür flexibel im Sinne von schwach und biegsam ausgeliefert ist.

Zwei Alternativen für die Arbeiterbewegung

Die Arbeitslosigkeit bringt auf den Punkt, wie menschenverachtend der Kapitalismus als System ist. Wie sehr die Unternehmer die Arbeiter und Angestellten als Waren betrachten, für die sie Bedarf haben oder eben nicht.

Es ist ja nicht so, daß bei uns Menschen arbeitslos werden, weil das Land arm ist, weil keine Maschinen da sind, keine Werke, kein Material, weil keine Produktion möglich ist. Es ist umgekehrt: Arbeiter und Angestellte werden hier arbeitslos, weil sie „zuviel" Reichtum, zuviel Güter produzieren.

Sie werden arbeitslos, weil neue Maschinen, neue Technologien, neue Produktionsmethoden die Möglichkeit bieten, noch mehr Reichtum, noch mehr Gebrauchsgüter herzustellen oder eben mit weniger Arbeitern und Angestellten die Produktion zu gewährleisten.

Wir haben uns an diesen Widersinn der kapitalistischen Produktion schon sehr gewöhnt. An den Widersinn, daß bei uns die Produktion von Reichtum, von Gebrauchsgütern, von Dingen, die dem Menschen das Leben angenehmer machen könnten, an einem bestimmten Punkt Arbeitslosigkeit und damit Armut hervorbringt.

Wenn AEG erklärt, daß die Lager von Geschirrspülmaschinen überquellen, dann erwarten wir nicht, daß AEG einen Aufruf an die kinderreichen Familien erläßt, sich die Dinger abzuholen, sondern wir erwarten, daß AEG 500 Arbeiter rausschmeißt. Und so läuft es ja auch.

So muß es im Kapitalismus laufen. Denn kapitalistische Produktion ist Produktion von Profit. Der Profit des Unternehmers ist das einzige Ziel dieser Produktion. Daß dabei auch nützliche Dinge, Gebrauchswerte wie Stahl, Kleidung, Autos produziert werden, ist nur Mittel zum Zweck. Der Zweck heißt Profit.

Es ist nicht wahr, daß es einfach zuviel Stahl gibt. Es gibt sehr viele Dinge, die bei uns gebraucht würden, für die Stahl notwendig wäre. Nur ist es für das Kapital nicht profitabel genug, diese gesellschaftlich vorhandenen Bedürfnisse zu befriedigen.

Es ist nicht wahr, daß wir keinen Bedarf für Kohle haben, nur ist mit der Atomenergie gegenwärtig mehr Profit zu machen.

Es mag sogar stimmen, daß es keinen ausreichenden Bedarf für Großschiffe und Tanker gibt, wie sie auf HDW oder AG Weser gebaut werden, nur gibt es sehr viele Produkte, die dort produziert werden könnten, für die ein gesellschaftlicher Bedarf besteht. Kollegen auf den Großwerften haben Vorstellungen entwickelt, daß dort bestimmte Anlagen für den Umweltschutz gebaut werden könnten. Notwendig wären sie. Die Arbeitskräfte wären da. Die Produktionsanlagen wären da. Aber die Rendite fürs Kapital wäre nicht hoch genug.

Genug der Beispiele: Wenn die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen in diesem Land zur Leitlinie der Wirtschaft würden, wenn sie die Produktion bestimmten und kontrollierten, dann bräuchte es keine Arbeitslosigkeit zu geben. Der Sozialismus würde „Arbeit für alle" schaffen.

Wenn dieses Land sozialistisch wäre, nicht so „realsozialistisch" wie die DDR, sondern sozialistisch in dem Sinn, daß die Arbeiter und Angestellten wirklich bestimmten, daß ihre Interessen und nicht die Flick-Milliarden oder die Interessen einer kleinen Schicht neureicher Bonzen Geltung haben, sozialistisch in dem Sinn, daß dort Arbeitermacht und Demokratie verwirklicht wären, dann hätten wir jetzt auch nicht die Frage der 35-Stunden-Woche auf dem Tisch. Dann könnten wir alle kulturellen und materiellen Bedürfnisse der Menschen dieses Landes befriedigen, dann könnten wir unseren Beitrag zur Beseitigung des Hungers in der Welt leisten — und wir bräuchten immer noch keine 35 Stunden in der Woche zu arbeiten.

Diese Überlegungen mögen noch reichlich utopisch anmuten, sie haben aber ihren realen Zusammenhang mit der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche. Wir haben im Mai-Aufruf des Zentralkomitees geschrieben, daß der Kampf für unsere unmittelbaren Interessen, der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Verschlechterung unserer Lebenslage, die Arbeiterklasse unweigerlich zu dem Punkt führen wird, an dem die Forderung nach Brechung der bürgerlichen Macht, nach Beseitigung des Kapitalismus, nach Arbeitermacht, und Sozialismus zur Bedingung für jeden weiteren Fortschritt für die Arbeiterklasse wird.

An der Mai-Losung des DGB „Arbeit für alle" wird das sehr deutlich. Natürlich ist es theoretisch auch im Kapitalismus möglich, Situationen der Vollbeschäftigung zu schaffen. Natürlich ist es unbedingt richtig und notwendig, Forderungen aufzusellen mit dem Ziel, die Kapitalisten und ihre Regierung schon jetzt zu zwingen, Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Natürlich ist es richtig und notwendig, jetzt — im Kapitalismus — „Arbeit für alle" zu fordern.

Doch betrachtet man konkret die krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft bei uns und weltweit, betrachtet man konkret, zu welcher Verschärfung in der Haltung der Unternehmer und der politischen Reaktion bereits die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich geführt hat, dann muß man zu der Schlußfolgerung kommen, daß in der konkreten Situation der ernsthafte Versuch zur Durchsetzung der Forderung „Arbeit für alle" die Arbeiterbewegung über die Grenze dessen, was im Kapitalismus und im Rahmen der bürgerlichen Macht durchsetzbar ist, hinausführen würde.

Wenn man sieht, wie unverhohlen die Regierung bereits jetzt in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche als Instrument des Kapitals auftritt, dann wird deutlich, daß die Arbeiterklasse ohne politische Macht nicht fähig sein wird, ihre grundlegenden Forderungen und Bestrebungen zu verwirklichen.

Sozialismus schafft „Arbeit für alle"

Für die Arbeiterbewegung steht die Alternative tatsächlich so:

- Entweder geht sie vorwärts, entweder verstärkt sie ihren Kampf, dann wird sie notwendig auch in wirtschaftlichen Kämpfen in immer größere Konflikte mit der politischen Macht des Kapitals geraten, dann wird die Arbeiterbewegung im Anwachsen der Kämpfe den Punkt erreichen, an dem die Machtproben, wie wir sie jetzt in noch relativ schwacher Form in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche erleben, in einen Kampf um die politische Macht umschlagen müssen.
- Oder die Arbeiterbewegung kapituliert vor der vereinigten Front von Kapital und Reaktion, dann wird sie auch nicht das verteidigen können, was sie sich in den vergangenen Jahrzehnten erkämpft hat. Dann werden die Kapitalisten durchsetzen, was sie bereits jetzt fordern: die Aushebelung des Tarifvertragssystems, die Senkung der Reallöhne um weitere 15 bis 20 Prozent, die Liquidierung des Kündigungsschutzes, der Lohnfortzahlung usw.

Das alles und mehr werden sie einer Arbeiterklasse und Gewerkschaften, die nicht die Kraft, Solidarität und Einheit zum Widerstand finden, aufs Auge drücken. Diese Einheit und Kraft zum Widerstand aber wird die Arbeiterklasse, werden die Gewerkschaften nur finden, wenn sie die ideologischen Bindungen an den Kapitalismus lösen, das Vertrauen in die Möglichkeit des sozialpartnerschaftlichen Ausgleichs mit dem Kapital aufgeben.

Ich denke, daß bereits jetzt die Sozialpartnerschaftskonzeption im Zuge der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche einen Knacks erlitten hat, vor allem deshalb, weil die Unternehmer sich den Signalen aus Frankfurt zum Kompromiß verweigern.

Es gibt für mich aber auch keinen Zweifel daran, daß die Führung der IG Metall die Sozialpartnerschaftskonzeption über die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche retten will. Darum wird jede Sitzung des Hauptvorstandes der IG Metall für die konsequenten Gewerkschafter zur Zitterpartie. Weil Hans Mayr und eine Mehrheit seiner Vorstandskollegen den Durchsetzungskampf, den Massenstreik fürchten und vermeiden wollen. Weil sie Angst haben, die Sozialpartnerschaft könnte dabei kaputtgestreikt werden.

Und die Beschlüsse vom letzten Mittwoch, nur in zwei Tarifbezirken — in Nordwürttemberg/Nordbaden und in Hessen — Urabstimmungen durchzuführen, schaffen keine Voraussetzung für einen Durchsetzungskampf. Die offensichtlich anvisierten Schwerpunktstreiks in diesen zwei Tarifbezirken werden nicht den zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn notwendigen wirtschaftlichen und politischen Druck entfalten können. Und dazu scheinen sie auch nicht gedacht zu sein. Sie scheinen gedacht zu sein als Demonstrationsstreik, um die Unternehmer erneut an den Verhandlungstisch zu bringen, um sie zu einem für den Hauptvorstand annehmbaren Kompromiß zu bewegen. Und für eine Mehrheit im Hauptvorstand scheint nahezu alles annehmbar zu sein, was auch nur um Minuten unter der 40-Stunden-Woche liegt.

Trotz des völlig unzureichenden Beschlusses des Hauptvorstandes vom Mittwoch, können wir im Moment feststellen:

- Die Bewegung für die 35-Stunden-Woche hat nach Startschwierigkeiten ihre eigene Dynamik entfaltet. Über 800 000 Kolleginnen und Kollegen haben an den Warnstreikaktionen teilgenommen.
- Immerhin sah sich der Hauptvorstand der IG Metall überhaupt gezwungen, Urabstimmungen zu beschließen. Um Streikbeschlüsse wird er kaum herumkommen.
- Erfolgreiche Urabstimmungen und Streiks in den beiden jetzt ausgewählten Tarifbezirken, werden sicher nicht den Durchsetzungserfolg bringen, können die Bewegung aber doch auf eine neue Stufe heben.
- In allen anderen Tarifbezirken müssen die Warnstreiks fortgesetzt werden. Sicher werden viele Kolleginnen und Kollegen die Frage stellen, warum sie jetzt noch unbezahlt warnstreiken sollen, wo doch die Zeit wirklich reif ist für Urabstimmung und Streik. Zweifellos ist eine solche Stimmung verständlich. Neue Warnstreikaktionen müssen deshalb verbunden werden mit der Forderung nach sofortiger Urabstimmung in dem betreffenden Bezirk und Einbeziehung in den Streik.

Nur dieser Druck aus den Betrieben kann den Frankfurter Vorstand dazu bewegen, einen wirklichen Durchsetzungskampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn zu führen. Das würde bedeuten:

- Streiks in den wichtigsten Bereichen und Betrieben der Metallindustrie,
- in den wichtigsten Regionen des Landes.

Nutzen wir auch diesen 1. Mai, um dafür einzutreten. Der Sieg ist möglich. Heute im Kampf für die 35-Stunden-Woche. Morgen im Kampf für ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

RM-Interview mit einer Delegation der streikenden britischen Bergarbeiter

„Keiner hat das Recht, dafür zu stimmen, daß ein anderer arbeitslos wird"

Seit 8 Wochen streiken die britischen Bergarbeiter. Die Aktion, die im wesentlichen vom Zentrum der britischen Kohleförderung, dem Bezirk Yorkshire (in dem knapp über ein Drittel aller britischen Bergleute arbeiten) ausging, hat zu knallharten Konfrontationen mit der Polizei und der konservativen Regierung geführt. Der Rote Morgen sprach mit Dave Barker, einem der vier Bergarbeiter, die eine Delegation bilden, die auf einer „Tour" durch die Bundesrepublik für Solidarität und Unterstützung ihres Kampfes werben.

RM: Dave, zuerst die Frage: Wie seid ihr hier rüber gekommen?

DB: Nun, das ist eine Initiative von Gewerkschaftsmitgliedern unseres Bezirkes, die wir ergriffen haben, nachdem sich oben nichts tat. So, wie wir es insgesamt schlecht finden, daß das Kapital seinen „rich Mens' market" (Markt der Reichen = EG) hat und die Arbeiter real nichts, so finden wir es gerade in größeren Kämpfen erst recht schlecht und wollen etwas dagegen tun.

RM: Und wie habt ihr die Reise finanziert?

DB: Ganz einfach. Vor einiger Zeit, beim Stahlarbeiterstreik waren die Jungs aus Sheffield hier bei euch und haben auch gesammelt. Sie hatten am Ende etwas übrig, und das haben sie uns gegeben.

RM: Das führt ja ganz direkt zur ersten Frage nach der Lage. Wie steht es denn damit, wie hier immer zu lesen ist, daß euer Streik weitgehend isoliert sei?

DB: Davon kann keine Rede sein, das ist Tory-Propaganda (Tories — so wird die konservative Regierungspartei genannt, d. Red.). Inzwischen ist es so, daß 80 Prozent aller Bergarbeiter streiken, dazu später mehr. Die Eisenbahner haben beschlossen, keine Kohle mehr zu befördern, die LKW-Fahrer ebenso, und auch die Hafenarbeiter verladen nicht mehr. Für Streikbruch mit Importkohle sind sie heute ganz auf Privatfirmen angewiesen. Wie weit diese Solidarität geht, das pflege ich auf den Veranstaltungen, wo man uns die Möglichkeit gibt zu sprechen, an einer kleinen, aber durchaus beispielhaften Geschichte zu erklären. Es ist gesetzlich verboten, auf Bahnstrecken Streikposten aufzustellen. Also stellen wir uns an Brücken über die Geleise auf und bringen ein Transparent an, auf dem „Streikposten" steht. Die Lokführer halten alle. Und als mal dieses Transparent nicht da war, da hielt ein Lokführer, ging ins nächste Dorf und holte die Streikposten her...

RM: Wie ist denn die Lage konkret, um was geht es zentral bei eurem Kampf?

DB: Nun, ganz einfach. Schau dir diese Tabelle an. 1952, als ich anfing einzufahren, gab es bei uns 880 Pütts mit 740000 Arbeitern. 1967 waren es noch 400 Pütts mit einer Belegschaft von 382000 Mann. Heute sind es 190 Pütts mit 186000 Mann. Jetzt hat die Regierung McGregor engagiert, um weitere 70 Pütts, zuzüglich 28 weitere, deren Vorräte zur Neige gehen, bis Ende des Jahrzehnts zu schließen. Wir hatten andererseits seit 1974 den Zugang von 80000 jungen Leuten, und gerade ihnen fehlt bei Schließung der Pütts jegliche Perspektive. Wir haben jetzt schon in Yorkshire eine Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent, in einigen Städten sogar fast 30 Prozent, da geht nichts mehr. Viele Ältere meinten, den Jungen fehle Erfahrung und Kampfbereitschaft, aber die Entwicklung des Kampfes zeigt, daß gerade das Gegenteil der Fall ist, sie kämpfen großartig.

RM: Und wie war die bisherige Entwicklung?

DB: Nun, eigentlich fing es ganz direkt im letzten November an, als wir von der Gewerkschaft aus eine Reihe von Forderungen aufstellten. Wir wollten eine beträchtliche Lohnerhöhung, ohne eine genaue Forderung zu erheben, Rente mit 55 — sie liegt offiziell immer noch bei 65, wir wollten Lohnabsicherung, wenn ein Kumpel von Untertage aus Gesundheitsgründen hoch muß, das bedeutet einen Verlust von 46 Pfund die Woche beim Grundlohn und einiges mehr. McGregor bot uns 5,2 Prozent mehr Lohn an, wenn wir den Zechenschließungen zustimmten. Das widersprach den Beschlüssen unseres Gewerkschaftskongresses, der 1972 bereits einstimmig entschieden hatte, keiner einzigen Zechenschließung zuzustimmen, keinen einzigen Arbeitsplatz herzugeben. Ausnahme: Wenn ein Pütt wirklich erschöpft ist und Ersatzarbeitsplätze in einem neuen angeboten werden. Das war seitdem unbestritten die Linie unserer Gewerkschaft. Die NUM (National Union of Mineworkers) hat dies mehrmals ausdrücklich unterstrichen. Also antworteten wir darauf zunächst mit einem totalen Überstundenboykott. McGregor sagte, das könnten wir 20 Jahre Machen, bevor es wirksam werde, er habe 56 Millionen Tonnen auf Halde liegen.

Dann gab es am 29. Februar in Yorkshire ein Treffen zwischen der NUM und dem National Coal Board (Betriebsleitung der staatlichen Zechen), wo der NCB die Schließung zweier Zechen zum 6. April ankündigte und ausdrücklich jede Diskussion darüber ablehnte. Alle bisherigen Verfahrensweisen wurden über Bord geworfen, es war das blanke Diktat. Das waren zudem noch ausgerechnet Zechen mit Qualitätskohle, die ansonsten überall gefördert wird.

Darauf fand am 3. März eine Versammlung des Bezirksvorstandes der NUM für Yorkshire statt, auf der einstimmig der Streik beschlossen wurde. Am 8. März tagte dann der nationale Vorstand, der mit 22:3 Stimmen die Unterstützung des Streiks in Yorkshire beschloß, alle Bergarbeiter zum Streik aufrief. In Yorkshire gab es bei der Urabstimmung 86 Prozent dafür. Der nationale Streikbeschluß war satzungsgemäß und man muß dazu sagen, daß solche Beschlüsse von anderen Gewerkschaften in der Vergangenheit, die in die andere Richtung gingen nie kritisiert wurden, es geht ihnen nicht um das Verfahren, sondern gegen den Streik.



Dave Barker spricht auf der Dortmunder Maiveranstaltung

Dazu noch ein paar Dinge. Erstens entspricht die Haltung der Linie unserer Gewerkschaft, das ist bekannt. Zweitens ist natürlich die große Mehrheit für Streik, denn es sind die dazu gewählten Betriebsdelegierten, die dies beschlossen haben. Es mag das Bild etwas verzerren, wenn ein Bezirk, in dem es nur eine Zeche mit 700 Mann gibt, mit seiner einen Stimme gegen den Streik Stellung nimmt, und auf der anderen Seite wir aus Yorkshire mit 65000 Mann mit drei Stimmen im Vorstand dafür sind. Und grundsätzlich denken wir, daß es einfacher ist, daß keiner das Recht hat, dafür zu stimmen, daß ein anderer arbeitslos wird, schließlich haben unsere Väter die Gewerkschaften gerade dafür gegründet, um sich wehren zu können, um den Zusammenhalt zu haben, das darf gar nicht möglich sein.

RM: Und wie verlief der Streik dann selbst?

DB: Nun, in Yorkshire hatten wir die Zechen sofort dicht. Eisenbahner, Drucker und Krankenschwestern halfen uns „picket lines" (Streikposten) aufzustellen, wie wir ihnen in den letzten Jahren bei ihren Kämpfen geholfen hatten. Das Hauptproblem war Nottinghamshire, wo es modernste Zechen gibt, mit vielen Zulagen beim Lohn, wo die Lage deshalb relativ schwierig war, das liegt bei uns nebenan. Also gingen wir dort Streikposten stehen, die Kollegen aufrütteln zum Kampf, unsere Informationen zu verbreiten.

RM: Und dann kam die politische Reaktion der Regierung?

DB: Ja, genau dann. Als sie sahen, was wir taten, sagten sie, das ist „secondary picketing" (etwa: abgeleitetes Streikposten stehen, worunter jeder Streikposten zählt, der nicht vor seinem eigenen Betrieb steht), was durch die Gewerkschaftsgesetze der Tories verboten wurde. Sie mobilisierten zunächst 8000 Polizisten, die Streikbrecher in die Zechen bringen sollten, dann das Gebiet weiträumig absperrten. Dabei starb auch der junge David Jones, der vor den Augen der Polizei von Streikbrechern erschlagen wurde, über 10000 Menschen kamen zu seiner Beerdigung. Die freigestellten Funktionäre von Nottingham forderten zunächst unseren Rückzug, worauf wir uns nicht einließen und in der Tat hatte unser Kampf bis heute den Erfolg, daß inzwischen die Hälfte der 30000 Kumpels in Nottingham in Streik getreten ist.

RM: Gab es viele Auseinandersetzungen mit der Polizei, mit der Regierung, der ganzen Staatsmacht?

DB: Ja, laufend. Sie sperrten das Gebiet ab, sie hatten alle Autokennzeichen von Kumpels aus Yorkshire im Computer und hielten sie auf der Autobahn an, dabei wurden viele Fahrzeuge zerstört. Also gingen wir durch die Wälder, zu Fuß, es sind ja nur 15 Kilometer.

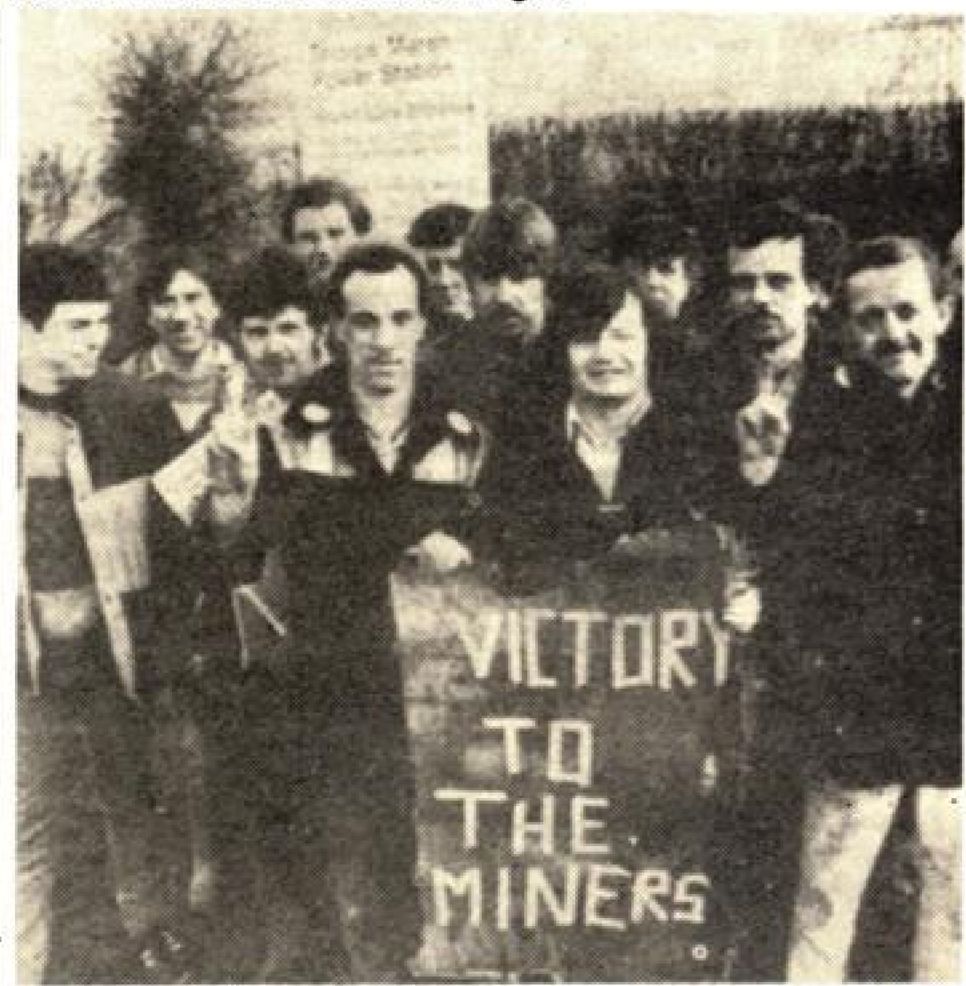
Sie hörten unsere Telefone ab, also lancierten wir falsche Aktionen, lockten sie an falsche Plätze. Und dann kam die Androhung von Schadensersatzklagen, über 100 wurden angekündigt, der Coal Board ging vor die Gerichte. Auf diesem Weg hatten sie ja der finanzschwachen Druckergewerkschaft den Streik zerschlagen, mit aktiver Hilfe des TUC (Gewerkschaftsbund) Vorstandes, ihr habt ja in eurer Zeitung, wie du mir erzählt hast, darüber berichtet. Bei uns geht das nicht. Als sie unser Gewerkschaftshaus besetzen wollten, es beschlagnahmen, da haben wir es außen und innen mit vielen Tausend Leuten besetzt und blokkiert, sie zogen wieder ab und ließen es dann — bisher — auch mit dem Klagen sein.

RM: Und wie ist der jüngste Stand?

DB: Nun, sie zeigen, entgegen ihrer großen Worte erste Anzeichen, betonen jetzt eine gewisse Kompromißbereitschaft, die wir rundweg abgelehnt haben. Es geht ihnen darum, die NUM zu besiegen, weil sie wissen, daß dies ein ganz entscheidender Schritt dazu wäre, die gesamte Gewerkschaftsbewegung zu schlagen. Dafür setzen sie Polizeigewalt ein, lügen und betrügen sie. Sie sagen beispielsweise, es gäbe keinen Markt für Kohle. Ich sage, in einem offiziellen Bericht wurde für letztes Jahr geschrieben, daß sage und schreibe über 100000 Rentner entweder erfroren sind oder, die meisten von ihnen, an Folgen von Unterkühlung gestorben. So gibt es noch viele Beispiele, viele Schandtaten, die nur zeigen, daß ihnen die Menschen uninteressant sind, daß sie nur der Profit interessiert, ihr kapitalistisches System steckt in der Krise und wir sollen es ausbaden. Dagegen setzen wir uns zur Wehr. Wir haben sie nicht gewählt, wir haben nur nicht mehr die Labour-Partei gewählt, weil die auch nichts gegen dieses System tut.

RM: Wie siehst du die weiteren Aussichten?

DB: Nun, die Stimmung ist eindeutig, wir machen weiter, bis wir gewonnen haben, und wenn es übers ganze Jahr geht, auch wenn wir kein Streikgeld kriegen.



Mit diesem Flugblatt wurde auf der Dortmunder Maidemonstration und auf dem anschließenden Jugend-Mai geworben und um Spenden gebeten. Am Abend zuvor hatten zwei der Bergleute auf Parteiveranstaltungen in Dortmund und Gelsenkirchen gesprochen und dabei rund 1000 Mark gesammelt. Auch von Parteiorganisationen, der RGO und der Gruppe Arbeiterpolitik wurden Spenden übergeben.

„Unterstützt die britischen Bergarbeiter!"

Eine Delegation britischer Bergarbeiter besucht die Bundesrepublik, um für Unterstützung ihres Streiks zu werben, der landesweit seit dem 9. März 1984 geführt wird. Sie streiken, um ihre Arbeitsplätze und die Kohleindustrie zu erhalten.

Seit die „Wasserstoff-Blonde", Margaret Thatcher, die Geschäfte der britischen Kapitalisten führt, das ist seit 1979, begann das große Zechensterben: 48 Bergwerke mit über 50000 Jobs wurden vernichtet.

Aber es soll noch weitergehen: Der neue Boß der staatlichen Kohlegesellschaft, Ian McGregor, will weitere 70 Minen mit 70000 Arbeitern schließen. (Mister McGregor ist den britischen Arbeitern kein Unbekannter: In den staatlichen Betrieben British Leyland (Autos) und der Stahlindustrie wurden unter seiner Federführung seit 1979 140000 Arbeitsplätze vernichtet.)

Heute beträgt die Arbeitslosenzahl in den meisten Bergbaugebieten fast 20 Prozent; ganze Gemeinden werden also ständig von Arbeitslosigkeit betroffen sein. Die Folgen sind Krankheiten, Nervenleiden, hohe Selbstmordraten und Kriminalität.

Die Bergleute stehen heute in der vordersten Reihe des Kampfes gegen die Zerstörung von Arbeitsplätzen. Dagegen steht eine schlimme Kampagne in der Presse und den Medien der Thatcher-Regierung.

Eine Lüge, die gerne auch in den Medien der Bundesrepublik verbreitet wird, ist der Vorwurf, die Bergarbeiter würden undemokratisch gegenüber Kollegen vorgehen.

Aber: Der Streik begann in Yorkshire, dem größten Kohlegebiet. 86 Prozent aller Bergleute dort stimmten für Streik gegen Stillegungen. Auch die Gewerkschaftsführung unterstützte den Beschluß mit großer Mehrheit, und rief alle Bergleute auf, den Streik zu unterstützen. Heute stehen 80 Prozent aller britischen Bergleute im Streik. Offizielle Gewerkschaftspolitik seit 12 Jahren ist auch, gegen jede geplante Zechenstillegung, die aus Profitgründen geplant ist, zu kämpfen.

Die Propaganda der Presse sieht auch so aus: In einem Bergwerk sind 1000 Leute im Streik, 200 arbeiten, dann heißt es, der Betrieb arbeitet „normal".

Um zu verhindern, daß Ketten von Streikposten vor den Werken gebildet werden, sind täglich über 8000 Polizisten im ganzen Land unterwegs, die äußerst brutal gegen die Arbeiter und selbst deren Frauen vorgehen.

Das liegt im Rahmen des Plans der Tory-Regierung, der starken Bergarbeitergewerkschaft und somit einer der großen Gruppe innerhalb der britischen Arbeiterbewegung den Rücken zu brechen, um auf dem Gebiete der Energieversorgung ihr lebensgefährliches Atomkraftwerk-Programm durchzupeitschen.

Nach den vielen Wochen des Streiks sind die Bergarbeiter und ihre Familien in der Situation, wo das Ersparte langsam aufgebraucht ist, wo sie finanzielle Unterstützung brauchen. Sie richten sich auf einen langen Kampf ein, weil ihre Wille zu gewinnen unheimlich stark ist.

Erklärt eure Solidarität!
Spendet für unseren Kampf!



Ronald Reagan mit Gattin auf Wahlkampf- und Geschäftsreise in China

Reagan in China:

Wahlkampf und Geschäfte

Beide Seiten sind zufrieden: die Pekinger Regierung betont, daß das Vertrauen zu den USA durch den Reagan-Besuch gewachsen sei, und Ronald Reagan hatte sein erhofftes Medienspektakel und die US-Industrie ihre Verträge in der Tasche.

Für Ronald Reagan war die China-Reise Teil des Wahlkampfes in den USA. Wenig weltpolitisch Entscheidendes war von der Reise zu erhoffen, nachdem die Chinesische Führung ihre frühere absolute einseitige pro-USA-Haltung zu einer Lavierpolitik zwischen beiden Supermächten, den USA und der UdSSR „weiterentwickelt" hat.

Ronald Reagan reiste mit 560 Mann in China an, 300 Journalisten sollten den „weltgewandten Staatsmann" in den USA werbeträchtig ins Bild setzen. Die Direktübertragungen vom China-Besuch des Präsidenten blockierten in den USA tagelang die besten Sendezeiten im Fernsehen. Wirkliche Streitpunkte zwischen den beiden Staaten, wie etwa die Taiwan-Frage, wurden nicht gelöst, obwohl Teng Hsiao-Ping, der starke Mann im Hintergrund, anbot, in einem Wiedervereinigten China, könne in Taiwan der Kapitalismus weiterexistieren.

Richtig erfolgreich waren nur die Geschäftemacher: hier vor allem die Atomindustrie: Für 20 Milliarden Dollar wollen die chinesischen Machthaber in den USA Atomkraftwerke kaufen. Und das im Land mit den zweitgrößten Steinkohlevorkommen der Welt, mit fast unermeßlichen Möglichkeiten aus Wasserkraft Energie zu gewinnen. Die Ausdehnung des Handels, der bisher, entgegen früheren Erwartungen „nur" etwa 1,2 Milliarden Dollar beträgt, wollen beide Seiten. Schon jetzt arbeiten etwa 100 US-Firmen in China, weit über 3000 Exportlizenzen für moderne US-Technologie wurden erteilt.

Neben dem Einkauf modernster Technologie ist ein weiterer „Geschäftsbereich" zukunftsträchtig für die beiden Staaten: der Waffenhandel. Während die Waffenlieferungen an Taiwan leicht rückläufig sind, bietet Washington Peking beste US-Waffen an. Frühwarn- und Luftabwehrsysteme stehen wie panzerbrechende Waffen auf dem Wunschzettel der Chinesen. Ein gut gerüstetes China, so die Kalkulation der US-Imperialisten, bindet immer Teile der sowjetischen Militärmacht im Osten und macht sie im Westen schwächer ...

International gegen Nicaragua

Israel liefert Waffen an Contra

Während in Den Haag vor dem Internationalen Gerichtshof die USA unter Anklage stehen, die Verminung der Häfen des freien Landes betrieben zu haben, sind neue Enthüllungen über internationale Unterstützung für die konterrevolutionären Banden, die die Volksmacht in Nicaragua bekämpfen, bekanntgeworden.

Israel liefert „auf Drängen Washingtons" Waffen an die antisandinistische Guerilla in Honduras (Contra). Das meldete die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC am Montagabend. Hauptmann Enrique Bermudez, der auf einem vom amerikanischen Nachrichtendienst CIA kontrollierten Geheimstützpunkt in Nicaragua die Guerilla-Operation leite, habe angegeben, daß es sich um sowjetische Waffen handele, die die Israelis im Libanon von der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO erbeutet haben. Sie stellten etwa 25 Prozent der Waffen dar, die die Contras im Kampf gegen die Sandinisten benutzen. Der frühere israelische Verteidigungsminister Ariel Sharon sei zu diesem Zweck nach Honduras gereist, von wo aus die Gegner der sandinistischen Regierung in Managua operieren, und habe diesen die Waffen angeboten, hieß es in der NBC-Meldung weiter.

Nach Angaben eines NBC-Journalisten, der Hauptmann Bermudez auf dem nicht näher genannten Stützpunkt interviewte, erfolgen die Waffenlieferungen durch 37 Jahre alte Flugzeuge. Ein NBC-Team konnte von Bord aus den Abwurf von leichten Waffen und Medikamenten in rund 200 Kilometer Entfernung von Managua filmen. Die Reportage zeigt auch eine Gruppe von 64 Rebellen, die die Lieferung am Boden in Empfang nehmen.

Die „taz" hatte bereits im Januar vergangenen Jahres berichtet, daß die vom CIA aufgebaute Contra-Organisation FDN sowjetische AK-47 Automatikgewehre aus PLO-Beständen einsetze. Die Israelis hatten die Waffen bei ihrer Libanon-Invasion im Sommer 1982 erbeutet. Auch die nicaraguanische Armee ist seit 1981 mit einem neueren Modell desselben Gewehrs ausgerüstet. Mit dem Einsatz des AK-47 verringert die Contra ihre logistischen Schwierigkeiten, da sie von der sandinistischen Armee erbeutete Munition verwenden kann.

Israelische Regierungsvertreter, die von NBC in Tel Aviv befragt wurden, lehnten jeden Kommentar zu der Reportage ab.

Grüne Politik in Albanien

Korrespondenz aus Tirana

Während in den westlich kapitalistischen Ländern — aktuell in den EG-Staaten — die Landwirtschaftspolitik ein großes Problem, ein Streitpunkt ist und die ehemals sozialistischen Länder in Osteuropa große Versorgungsprobleme mit Nahrungsmitteln haben und Weizen z. B. im Westen kaufen müssen, entwickelt sich die albanische Landwirtschaft krisenfrei. Über den Weg und die Ziele des roten „Grünen Plans" berichtet unser Korrespondent aus Tirana.

Im Oktober vorigen Jahres wurden die beiden landwirtschaftlichen Genossenschaften höheren Typs — Plasa und Grecallia in Staatsbetriebe umgewandelt. Albanienreisende stoßen auch zunehmend auf Begriffe wie „Intensivierung der Landwirtschaft" oder „vorrangig zu intensivierende Zonen". Diese jüngste Entwicklung der albanischen Landwirtschaft ist keinesfalls eine lediglich formale Umbenennung, sondern dahinter steckt eine ganze geschichtliche Periode albanischer sozialistischer Landwirtschaftspolitik.

Angesichts der Probleme, mit denen sich die europäischen Bauern aufgrund der EG-Politik, der krisenhaften Landwirtschaft, herumschlagen müssen, mag es auch interessant sein, anzuführen, daß im gegenwärtigen Fünfjahrplan (7. Fünfjahrplan von 1981 - 1985) ein Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion um 30 bis 32 Prozent vorgesehen ist. Eine für die bundesdeutsche Landwirtschaft geradezu unvorstellbare Zahl. 90 Prozent dieses Produktionszuwachses will man durch Ertragssteigerung bei der Viehhaltung und bei den landwirtschaftlichen Kulturen erreichen.

Auch wenn man auf die Entwicklung in der Sowjetunion und der nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen volksdemokratischen Länder schaut, die allesamt sozialistische Produktionsverhältnisse verwirklicht hatten, so sieht man dort heute letzten Endes auch nur Probleme in der Landwirtschaft. Von sozialistischen Produktionsverhältnissen kann keine Rede mehr sein; das „Sozialistische" besteht nur noch der Form nach, als staatliches Eigentum, wobei der Privatisierung der Landwirtschaft in unterschiedlichem Maße Vorschub geleistet wird. Auch wenn die Existenz von Privateigentum in einem Land nicht alleine ein definitiver Anzeiger dafür ist, ob sozialistische Produktionsverhältnisse bestehen oder nicht, so schließen sich doch Privatisierung und Verbesserung, Aufbau der sozialistischen Produktionsverhältnisse gegenseitig aus.

Haben wir es also hier wie dort bei der Landwirtschaft mit Problemkindern der Nationalwirtschaften zu tun, so können wir zugleich sehen, wohin — einerseits die grünsten „Grünen Pläne", andererseits die Entstellung des Marxismus-Leninismus — führt. Sind es hier bankrotte Höfe, so sind es dort Versorgungskrisen der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Um so interessanter, sich einmal die Entwicklung der albanischen Landwirtschaft vor Augen zu halten, die sich (wie eingangs genannt) hohe Wachstumsziele gesteckt hat, und in der andere Eigentumsformen, sozialistische Produktionsverhältnisse bestehen, die auch der Grund dafür sind, daß sich der albanische Genossenschaftsbauer oder Landarbeiter keine Sorgen um den „Milchpfennig" oder sonst einen Pfennig machen braucht.

Um das zu sein, was die albanische Landwirtschaft heute ist, war eine beinahe vierzigjährige Periode sozialistischer Politik, angewandt auf die Landwirtschaft, notwendig.

Die erste einschneidende Maßnahme, die für die albanischen Bauern eine sichtbare Veränderung mit sich brachte, war die Landreform, die damit begann, daß Enver Hoxha den Bauern in dem Dorf Gore in der Myzeqe am 25. November 1945 im Namen der Volksdemokratischen Regierung die Bodenurkunden übergab. Grundlage dafür war das Gesetz über die Bodenreform vom 25. August 1945. Bereits ein Jahr später, am 11. November 1946 wurde in dem Dorf Krutje, ebenfalls in der Myzeqe, die erste landwirtschaftliche Genossenschaft gegründet. Als breite gesellschaftliche und politische Aktion wurde nun in Albanien die Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführt. Anfang der 60er Jahre war dieser Prozeß abgeschlossen. Angesichts dieser langen, rund zwanzigjährigen Zeitspanne, in der sich die Kollektivierung vollzog, sieht man schon, daß das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Zusammenlegung der privaten Höfe gewahrt wurde. Gleichzeitig traf man aber auch Unterscheidungen bei der Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse, um den landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen gerecht zu werden. Diese Unterscheidungen haben regionale, geografische Ursachen. So war also zwischen dem Flachland-, Hügel- und entlegenen Bergzonen zu unterscheiden, und in dieser Reihenfolge vollzog sich auch die Kollektivierung, so daß die letzte Genossenschaft in den sechziger Jahren in den entlegenen Bergzonen gegründet wurde.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Die ersten landwirtschaftlichen Genossenschaften waren zusammengelegte Höfe einzelner Dörfer. Hatten diese sich konsolidiert, so gründete man sogenannte landwirtschaftliche Genossenschaften höheren Typs; das heißt, um der Entwicklung der Produktivkräfte gerecht zu werden, glich man das Gruppeneigentum an. Landwirtschaftliche Genossenschaften höheren Typs sind also zusammengelegte Dorfgenossenschaften mit staatlicher Beteiligung. Der nächste Schritt zum Staatsbetrieb ist dann weniger eine Aufgabe, die durch Überzeugungsarbeit wie zu Beginn der Kollektivierung vollzogen werden muß, sondern ein von den Genossenschaftsbauern angestrebtes Ziel, da sie, einhergehend mit der Entfaltung der Produktivkräfte und der Verbesserung der Organisierung der Produktion, ihre Lebensbedingungen nur verbessern können. In dieser Entwicklung, der Umwandlung der Eigentumsformen, der Entwicklung vom Privateigentum über das Gruppeneigentum, bis hin zum Eigentum des ganzen Volkes, ist der ganze revolutionäre Prozeß, der natürlich fortgeführt wird, sichtbar.

Heute steht die albanische Landwirtschaft an einem Punkt, die ertragreichen Flachlandzonen zu intensivieren und landwirtschaftliche Genossenschaften höheren Typs in Staatsbetriebe umzuwandeln, was in den eingangs erwähnten Gründungen der Staatsbetriebe Plasa und Grecallia seinen Anfang gefunden hat.

Zwei weitere bedeutende Schritte für die albanische Landwirtschaft waren die Zusammenlegung der privaten Viehherden und die Verringerung des privaten Eigenhofs der Genossenschaftsbauern. 1981 legte man 69 Prozent der Kühe und 40 Prozent des Kleinviehs, die auf den privaten Eigenhöfen gehalten wurden, zusammen. Neben der großen politischen und ideologischen Bedeutung, die diese landesweite Aktion hatte, konnte dadurch die Tierhaltung wesentlich verbessert werden, außerdem wurden Arbeitskräfte frei, die sich vorher um das private Vieh kümmern mußten und nun für das Allgemeininteresse der Genossenschaft arbeiten konnten. Der zur Verfügung stehende Boden für diese Eigenhöfe wurde allmählich verkleinert, ebenso die Anzahl des darauf gehaltenen Viehs. Diese Entwicklung vollzog sich in dem Maße wie eine staatliche Absicherung der Versorgung der Genossenschaftsbauern mit den jeweiligen Produkten ermöglicht wurde. Beispielsweise wurde auch die Bodenfläche nicht nur verkleinert, sondern auch die Art der darauf betriebenen Landwirtschaft hat sich erheblich verändert. Wurde dort anfangs hauptsächlich Brotgetreide angebaut, so haben die Familien später, als die Brotgetreideproduktion landesweit gesichert war, Gemüse oder Viehfutter angebaut. Die Zusammenlegung des Viehs erübrigte wiederum den Anbau von Futterpflanzen.

Aber auch hier wird die Unterscheidung Flachland-, Hügel- und Bergzone beibehalten, und dort, wo eine befriedigende Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom Staat noch nicht gewährleistet werden kann, besteht der Eigenhof und die private Tierhaltung weiter. Allerdings ist klar, daß auch der private Eigenhof absterben wird und der albanische Bauer ganz vom Privateigentum befreit wird.

Mit einem großen Kultur-Volksfest mit Zehntausenden Besuchern begannen am 1. Mai die diesjährigen Ruhrfestspiele in Recklinghausen. Musik, Theater, Kabarett, Folklore, Sport, Zirkus, Informationen, Ausstellungen und Diskussionen laufen jetzt im Rahmen dieses größten von den Gewerkschaften mitgetragenen Kulturereignisses noch bis zum 24. Juni.
Das nach den letztjährigen Querelen wieder intakte Ensemble der Ruhrfestspiele stellt als Eigeninszenierung das seit Jahren auf großen westdeutschen Bühnen nicht mehr gespielte Stück „Tage der Kommune" von B. Brecht vor. Dieses, von Brecht als Volksstück bezeichnete Schauspiel dokumentiert den Gang und die Lehren des ersten Versuchs einen sozialistischen Arbeiterstaat aufzubauen. Eine Aufführung, die sicher auch eine weitere Anreise lohnt. Wir drucken unten eine kleine Szene aus Brechts Stück ab.
Neben dieser Inszenierung haben die Ruhrfestspiele aber noch viel mehr zu bieten. „Die Wende" wird noch öfter aufgeführt, ein Stück, mit dem die Schauspieler aus Recklinghausen auch schon oft vor Ort, bei Veranstaltungen, auf der Straße, vor Betrieben Erfolg hatten
Beim Besuch der Ruhrfestspiele sollte man sich Zeit nehmen: Neben den Aufführungen gibt es auch viele Ausstellungen, „Riese Proletariat und große Maschinerie" heißt eine Fotoschau mit Bildern aus der Arbeitswelt, „Wer hat dich, du schöner Wald", eine Kunstausstellung über die Rolle der Natur im Wandel des letzten Jahrhunderts.

Ein großes Filmfestival „Leinwandfrei", erstklassige internationale folkloristische Darbietungen, Gastspiele und Lesungen runden das Programm ab. Nicht zu vergessen, während der Ruhrfestspiele gastiert der Zirkus Roncalli.



Informationen und Karten müßte es eigentlich über die Gewerkschaften geben. Wenn's mal wieder nicht klappt, hier die Adresse: Ruhrfestspiele Recklinghausen, Festspielhaus, Otto Burmeister-Allee 1, 4350 Recklinghausen. Kartenstelle: Tel.: (02361) 25300 und 23550.

Die Tage der Commune

Sitzung der Commune. Herein und Heraus von Gardisten, die Meldungen bringen. Mitunter verlassen Delegierte hastig die Sitzung. Alle Anzeichen großer Übermüdung. Die Geschäftigkeit legt sich, als ferner Kanonendonner hörbar wird. (...)

Drei Arbeiterinnen werden von Gardisten hereingeführt.

Delesculze: Bürger Delegierte, die Delegierten des 11. Arrondissements.

Die Versammlung kommt zur Ruhe. Einige Delegierte kommen zu den Frauen herunter.

Ein Delegierte: Bürgerinnen, Sie bringen das Frühjahr in das Stadthaus.

Frau: Keine Bange. *Lachen.* Bürgerliche Delegierte, ich habe ein Schreiben an euch. Es ist kurz. **Ruf:** Sie hat zwanzig Seiten.

Frau: Sei still, Kleiner, das sind nur die Unterschriften, 552. *Lachen.* Bürgerliche Delegierte! Es sind gestern nachmittag Affichen in unserm Bezirk angeschlagen worden, in denen wir, die Frauen von Paris, aufgefordert werden, eine Versöhnung mit der sogenannten Regierung in Versailles zu vermitteln. Wir antworten: es gibt keine Versöhnung zwischen der Freiheit und dem Despotismus, zwischen dem Volk und seinen Henkern. Der Platz der Arbeiter und Arbeiterinnen ist auf den Barrikaden. Es ist am 4. September gesagt worden: Nach unsern Forts unsere Wälle; nach unseren Wällen unsere Barrikaden; nach unseren Barrikaden unsere Brust. *Beifall.* Wir ändern das. Nach unseren Barrikaden unsere Häuser, nach unseren Häusern unsere Minen. *Beifall wächst.* Dies gesagt, appellieren wir aber an euch, Delegierte der Commune, daß auch ihr nicht aus einer Axt einen Spaten macht. Bürger, vor vier Tagen ist die Patronenfabrik in der Avenue Rapp in die Luft geflogen; mehr als 40 Arbeiterinnen sind verstümmelt, vier Häuser sind eingestürzt. Die Schuldigen sind nicht festgestellt worden. Und warum gehen nur diejenigen zur Arbeit und in den Kampf, die es selber wollen? Bürger Delegierte, das ist keine Beschwerde gegen euch, versteht uns, aber als Bürgerinnen müssen wir fürchten, daß die Schwäche der Communemitglieder, entschuldigt, ich kann es nicht lesen, das ist durchgestrichen, daß die Schwäche vieler, Bürger Delegierte, wir haben uns da nicht einigen können — *Gelächter* —, also, daß die Schwäche einiger Communemitglieder unsere Zukunftspläne zunichte macht. Ihr habt versprochen, für uns und unsere Kinder zu sorgen, und ich will die meinen lieber tot wissen als in den Händen der Versailler, aber wegen Schwächen wollen wir sie nicht verlieren. 552 des 11. Arrondissements. Guten Tag, Bürger.

Die Frauen ab.

Varlin *aufspringend:* Bürger Delegierte, die Frauen der Versailler Soldaten weinen, heißt es, aber die unsern weinen nicht. Werdet ihr sie tatenlos einem Feind ausliefern, der vor Gewalt niemals zurückgescheut ist? Man hat uns hier vor einigen Wochen gesagt: keine militärischen Operationen sind nötig. Thiers hat keine Truppen, und es wäre der Bürgerkrieg im Angesicht des Feindes. Aber unsere Bourgeoisie verbündete sich ohne Bedenken mit dem Landesfeind, um den Bürgerkrieg gegen uns zu führen, und bekam Truppen von ihm, in Gefangenschaft geratene Bauernsöhne aus der Vendée, ausgeruhte Mannschaft, unerreichbar unserem Einfluß. Es gibt keinen Konflikt zwischen zwei Bourgeoisien, der sie hindern könnte, sich gegen das Proletariat der einen oder andern sofort zu verbünden. Man hat uns dann hier gesagt: kein Terror, wo bliebe die neue Zeit? Aber Versailles übt Terror und wird uns noch alle niedermetzeln, so daß keine neue Zeit kommen mag. Wenn wir niedergeworfen werden, dann wegen unserer Milde, was ein anderer Ausdruck für Nachlässigkeit, und wegen unserer Friedlichkeit, was ein anderer Ausdruck für Unwissenheit ist. Bürger, wir beschwören euch, lernen wir endlich vom Feind!

Beifall und Unruhe.

Rigault: Bürger, wenn Sie aufhören würden, Ihre Stimme für die Schonung Ihres Todfeindes zu erheben, könnten Sie seine Kanonen hören! *Es wird still. Der Kanonendonner wird wieder hörbar.* Zweifeln Sie nicht, daß er unerbittlich sein wird. Im Augenblick, wo er sich anschickt, den großen Aderlaß zu vollziehen, ist Paris überschwemmt mit seinen Spitzeln, Saboteuren und Agenten. *Hebt seine Tasche hoch.* Ich habe hier die Namen, ich biete sie euch an seit Wochen. Der Erzbischof von Paris betet nicht nur! Der Gouverneur der Bank von Frankreich weiß eine Verwendung für die Gelder des Volks, die er euch vorenthält. Das Fort Caen wurde für 120000 Frs. an Versailles verkauft. An der Place Vendôme, zwischen den Trümmern des Monuments des Militarismus, wird offen mit exakten Plänen unserer Festungswälle gehandelt. Unsere erzürnten Frauen werfen die Agenten in die Seine, wollen wir sie wieder herausfischen? Aber in Versailles erschießt man 235 gefangene Nationalgardisten wie tolle Hunde, und man füsiliert unsere Krankenwärterinnen. Wann werden wir mit Gegenmaßnahmen beginnen? **Ruf:** Bürger, wir haben darüber diskutiert. Wir haben festgestellt, daß wir nicht machen wollen, was die Feinde der Menschheit machen. Sie sind Unmenschen, wir nicht.

Beifall.

Varin: Die Frage „Unmenschlichkeit oder Menschlichkeit" wird entschieden durch die geschichtliche Frage „ihr Staat oder unser Staat".

Ruf: Wir wollen keinen Staat, weil wir keine Unterdrückung wollen.

Varlin: Ihr Staat oder unser Staat.

Ruf: Wenn wir zur Unterdrückung übergehen, können wir uns selbst davon nicht ausnehmen, aber wir kämpfen für die Freiheit.

Varin: Wenn ihr die Freiheit wollt, müßt ihr die Unterdrücker unterdrücken. Und von eurer Freiheit so viel aufgeben, als dazu nötig ist. Ihr könnt nur eine Freiheit haben, die, die Unterdrücker zu bekämpfen!

Rigault: Terror gegen Terror, unterdrückt oder werdet unterdrückt, zerschmettert oder werdet zerschmettert!

Große Unruhe.

Rufe: Nein, nein! — Das bedeutet die Diktatur. — Morgen werdet ihr uns zerschmettern! — Man verlangt die Exekution des Erzbischofs von Paris, und man zielt auf uns, die wir uns dem widersetzen. — Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen.

Varlin *sehr laut:* Und wer nicht zum Schwert greift?

Kurze Stille.

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

ACHTUNG: KPD-FRIEDENSKONFERENZEN

Am Samstag, 19. Mai, 11 Uhr in Hannover, Freizeitheim Linden
Am Sonntag, 20. Mai, 11 Uhr in Stuttgart, Bücherstube Ost, Haußmannstr. 107
(Näheres über die Tagesordnung beim nächsten Mal)

Wochenseminare der KPD 1984

- Den Unkostenbeitrag pro Woche müssen wir leider auf 70,— DM erhöhen.
- Anmeldungen an die KPD, Org.-Büro, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691-92
- Themen: Einführung in die politische Ökonomie + Klassen und Klassenkampf + Staat und Revolution + Der Imperialismus + Was bringt uns der Sozialismus + Aus der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung.
- Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.
- Termine:
  17. - 23. September 1984
- Vom 7. - 13. Mai findet ein Wochenendseminar in türkischer Sprache statt.

Anmeldung

Ich möchte in der Zeit vom .... bis ....
an einem Wochenseminar der KPD teilnehmen.

Name .... Vorname ....

Anschrift ....

Beruf .... Unterschrift ....

KÖLN

6. Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln am 5. und 6. Mai in der Pädagogischen Hochschule in Köln-Lindenthal, Gronewaldstraße. Beginn: Samstag, 13.00 Uhr.

Wir bitten die Genossinen und Genossen der KPD, die an der Konferenz teilnehmen wollen, sich um 12.00 Uhr am Infostand der KPD zu melden.

Arbeitslosentreffs der KPD

1. Für Nordrhein-Westfalen:
Sonntag, 6. Mai, 11 Uhr im zentralen Büro der KPD, Dortmund-Hörde

2. Für Norddeutschland:
Samstag, 12. Mai, 11 Uhr, Thälmann-Buchhandlung, Hamburg 6, Margarethenstraße 58

Themen: 1. Die aktuelle Lage, 2. Der Stand der Arbeit, 3. Die neue Zeitung, 4. Verschiedenes.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Fr. 17.30 bis 18.30 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.